

Besprechungen

Otto Heinrich von der Gablentz: Einführung in die Politische Wissenschaft. Köln u. Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 378 S.

Das Buch „ist entstanden aus dem pädagogischen Bedürfnis, den Studenten einen Überblick über das Studiengebiet zu geben“. Darüber hinaus hofft der Verfasser auch dort etwas anbieten zu können, „wo (überhaupt) Interesse an politischer Bildung besteht“. v. d. Gablentz weiß natürlich, daß die Zeitsituation der deutschen Politikwissenschaft noch nicht reif ist für ein wirklich ausgewogenes Programm dieser Art. Er entschuldigt sich daher im Vorwort für manche „Ungleichmäßigkeiten“ der Darstellung, die in der Tat „Teilgebiete“ der Disziplin in einer nicht immer ihrem objektiven Rang zukommenden Unterschiedenheit vorführen.

Nach einer angesichts ihres festen thematischen Zugriffs und ihrer gedanklichen Sauberkeit bedauernswert kurzen Einleitung in „Aufgabe und Methode“ und die „Tradition der Politischen Wissenschaft“ stellt v. d. Gablentz unter drei geschickt gewählten Gliederungsgesichtspunkten, benannt „Funktionslehre“, „Institutionslehre“ und „Entscheidungslehre“, den Inhalt seines Buches vor, dessen gedankliche Einheit um die Frage kreist, wie der politische Mensch mittels eines nie um seiner selbst willen zu führenden Machtkampfes „eine relativ dauerhafte Ordnung des Zusammenlebens zu erreichen und in ihr zu herrschen“ vermag. Gerade die „Entscheidungslehre“, in welcher, unterschieden nach Intensitätsgraden der Teilhabe an der Herrschaft, der „politische Mensch“ und die Komponenten seiner „politischen Gesittung“ vorgestellt werden, rundet das in den ersten beiden Teilen über „Herrschaft und Genossenschaft“, „Macht“, „Recht“ und „Gestaltung“ und deren durch die Geschichte hervorgebrachten Legitimitätstypen Gesagte zu einer Einheit ab, die die Politische Wissenschaft als Lehre von sozialrelevanten menschlichen Entscheidungen transparent macht.

Daß der Verfasser dabei einige seit Jahren unterrepräsentierte Forschungszweige wie die politische Geographie oder die moderne Polizei- und Militärwissenschaft wenigstens andeutend zu Wort kommen läßt und deren Bedingungscharakter für den politischen Prozeß zu veranschaulichen sucht, dürfte zweifellos der Habenseite dieser rezensierenden Kurzbilanz zufallen.

Dennoch wird man das Buch nicht ohne einige abschließende Sätze des Bedauerns vorstellen können. v. d. Gablentz' „Einführung in die Politische Wissenschaft“ erfüllt genau das nicht, was sie im Vorwort zu leisten beansprucht, nämlich den „Überblick über das Studien-

gebiet“ einer Disziplin. Nicht nur, daß so gewichtige, in der Forschung gepflegte und in allen politikwissenschaftlichen Prüfungen geforderte Sachgebiete wie etwa die „internationale Politik“ nur beiläufig aufgeführt werden oder gar, wie das große Ringen um die wissenschaftstheoretischen Grundlagen des Faches, fehlen, nicht nur auch, daß die tragenden Grundbegriffe des Buches, wie „Herrschaft“ und „Freiheit“, „Verfassung“ und „Ordnung“, „Gemeinwohl“ und „Genossenschaft“ unausgelotet bleiben und die auf diese Konzepte bezogenen literarischen Präferenzen des Verfassers (Max Weber, Spranger, Tönnies u. a.) den Konsens des Lesers mehr voraussetzen als begründen — es ist vor allem die weitgehende Beschränkung auf die Thematik der deutschen allgemeinen Staatslehre, welche das Buch trägt und ihm zugleich Grenzen setzt. Wer als „Aufgabe der Politischen Wissenschaft . . . eine kritische Analyse des politischen Lebens“ programmiert, darf anschließend nicht die Mittel und Ergebnisse zur Einlösung dieser Aufgabe unterschlagen. Weder die moderne Systemanalyse noch die seit geraumer Zeit bekannten instrumentalen Modelle des politischen Prozesses noch das verhältnismäßig breite Spektrum politischer Verhaltensdaten und die wichtigsten aus ihnen abgeleiteten Generalisierungen werden erwähnt.

So sehr ich dem Buch seine verdiente Verbreitung wünsche und einräumen will, daß es eine vorhandene literarische Lücke füllen hilft, so sehr bleibt zu betonen, daß es schon bei seiner Drucklegung den Forschungsstand der (internationalen) Politikwissenschaft nur noch partiell zur Kenntnis nahm. Es gab eine Phase im Selbstverständnis des Faches, in der man sich selbstgenügsam darauf berufen konnte, primär „Bildungswissenschaft“ zu sein. Diese Phase wird mehr und mehr obsolet — wenn auch noch nicht überall an den deutschen Hochschulen.

Manfred Mols, Freiburg

Karl Steinbuch: *Automat und Mensch. Kybernetische Tatsachen und Hypothesen.* 3., neubearb. und erw. Aufl. Berlin/Heidelberg/New York 1965. Springer. XII/454 S.

„Die Frage ist: Kann man geistige Vorgänge durch Erkenntnisse an Automaten nicht verstehen, teilweise verstehen, ganz verstehen?“ Diese spekulative Fragestellung geht der Autor an, indem er zunächst gänzlich unspekulativ die technisch-kybernetischen Grundlagen erarbeitet. Die kybernetischen Tatsachen also, wie sie im Untertitel des Buches angesprochen werden. Hier ist der Ordinarius für Nachrichtentechnik an der TH Karlsruhe kompetent. Zunächst werden die beiden Grundbegriffe Signal und Nachricht erklärt. Daran schließt sich an ein Kapitel über Informationstheorie. Sicherlich gibt es ausführlichere und exaktere Darstellungen der statistischen Informationstheorie, ihrem Verhältnis zur Kybernetik oder der Frage syntaktischer vs. semantischer Information. Steinbuch hält sich an sein Programm leicht verständlicher Darlegung. Er verzichtet weitgehend auf mathematische Formalisierungen und bedient sich lieber der Hilfe von Bildern

zur Veranschaulichung. Das gilt in besonderem Maße für die dann folgenden Kapitel Logische Verknüpfungen und Zuordner, Signale in Raum und Zeit, Sprechen und Hören, Zeichenerkennung, Speicher, Regelung, Nachrichtenverarbeitung und zukünftige Entwicklung der Nachrichtenverarbeitung. Aus diesen recht schwierigen technischen Sachgebieten werden jene Tatbestände herausgelöst und eingängig dargestellt, die im Sinne der eingangs formulierten Frage relevant sind.

Die Nahtstelle zwischen technisch-realisierten Systemen und geistigen Vorgängen liegt bei Steinbuch da, wo er von lernenden Automaten übergeht zur Aufnahme und Verarbeitung von Nachrichten durch den Menschen. Zunächst: Können Automaten überhaupt „lernen“? Ist das nicht eine geistige Tätigkeit, die derartigen technischen Gebilden nicht zugänglich ist, können diese „denken“? Nun, definiert man das Denken so, daß es jene Tätigkeiten umfaßt, die solchen Maschinen gerade *nicht* möglich sind, so hat man es für immer dem Bereich menschlicher Geistestätigkeit reserviert. Gibt man allerdings diese Rückzugs- und Immunisierungsdefinition auf, so fällt auch die saubere Trennung zwischen geistigen Tätigkeiten und Verhaltensweisen von Automaten. Steinbuch kennzeichnet „Lernen“ folgendermaßen: „Lernen eines Systems besteht darin, daß es entsprechend früheren Erfolgen oder Mißerfolgen (Erfahrung!) das interne Modell der Außenwelt verbessert“ (S. 195).

Folgt man diesem lerntheoretischen Ansatz der Konditionierung und des „stimulus-response“, so muß man zugeben, daß die von Steinbuch beispielhaft aufgeführten technisch realisierten Automaten „lernen“. Mehr noch: Über das Konzept des bedingten Reflexes gelangt man zu der Möglichkeit, den geistigen Vorgang des Lernens durch eine Lernmatrix technisch nachbilden zu können. Steinbuch hat mit der von ihm entwickelten Lernmatrix unter Fachleuten breite Zustimmung gefunden. An dieser Stelle des Buches setzt er dann auch einen wichtigen Pfeiler für den Brückenschlag, wie er ihn durch die zu Anfang zitierte Fragestellung intendiert. Diese mittleren Kapitel sollte man aufmerksam lesen; es sind die wichtigsten dieses Buches. Was dann folgt (Bewußtsein und Kybernetik, Kybernetik und Organisation, Presse und Kybernetik u. a.), ist naturgemäß weniger stringent und zusammenhängend. Man hat den Eindruck, daß der Autor hier einige Aufsätze und Referate einfach eingebracht hat, ohne sie speziell aufeinander abzustimmen. Hier (etwa im Kapitel Kybernetik und Organisation) sind auch nicht immer die letzten Erkenntnisse berücksichtigt worden. Um nicht falsch verstanden zu werden: Diese abschließenden Kapitel werden zusammengehalten durch die Spekulationsfreude und das fundierte Wissen eines Autors, der auf dem Gebiet, wie es in den vorhergehenden Kapiteln abgehandelt wird, Bedeutendes geleistet hat. Die Lektüre seiner Überlegungen bleibt auch hier immer interessant und anregend. Man kann Autor und Publikum dazu beglückwünschen, daß dieses Buch nun bereits in seiner dritten Auflage vorliegt.

Werner Meißner, Darmstadt

Friedrich Lütge: Die Agrarverfassung des frühen Mittelalters im mitteleuropäischen Raum, vornehmlich in der Karolingerzeit. 2. unveränd. Aufl. Stuttgart 1966. Gustav Fischer. XXX, 372 S.

Die vorliegende zweite Auflage ist ein unveränderter Neudruck des zuerst 1937 erschienenen Buches. Abgesehen davon, daß die Wieder Auflage der richtungweisenden Untersuchung vielen Bibliotheken ermöglicht, eine schmerzvoll empfundene Lücke zu schließen, erklärt der Verfasser im Vorwort den entscheidenden Grund für eine nicht-überarbeitete Neuauflage nach fast 30 Jahren: Das Buch selbst ist heute schon Geschichte geworden, indem es den Stand des Wissens, die Versuche zur Ausdeutung nur lückenhafter Überlieferungen der damaligen Zeit wiedergibt; darüber hinaus schöpft es in seinen Belegen aus einer Landschaft, die heute aus mancherlei Gründen in der wirtschaftshistorischen Forschung in den Hintergrund getreten ist. Es hieße den Standort dieser Untersuchung in ihrer Zeit verlassen, wollte man unter Berücksichtigung aller ihr folgenden, weiterführenden Forschungen, der Ausschöpfung aller inzwischen erschienenen neuen Literatur eine Überarbeitung beginnen, aus der letztlich ein neues Buch mit teilweise ganz anderen Einsichten entstehen müßte.

So bleibt es dem historisch Interessierten unbenommen, an Hand dieser Darstellung und der inzwischen erschienenen neueren Literatur den Fortgang der Untersuchungen zu verfolgen, die mehr Licht in die agrarwirtschaftlich-soziologischen Verhältnisse vergangener Jahrhunderte bringen wollen. Dabei muß immer wieder auffallen, mit welcher Akribie und Vorsicht in der abschließenden Beurteilung der Verfasser zu Werke geht, um auf diese Weise vorschnelle Verallgemeinerungen zu vermeiden und einen Rahmen zu schaffen, in den sich spätere Forschungen einzupassen vermögen, welche Zurückhaltung er in der Wertung überlieferter Urkunden usw. übt, um nicht der immer wieder angedeuteten Gefahr zu erliegen, aus fehlenden Quellen auf ein Nichtvorhandensein an sich möglicher Vorgänge zu schließen. Daß trotzdem das eine oder andere heute auch vom Autor anders gesehen würde, ist durch die jedem Forscher eigene Erkenntnisweise bedingt, im Laufe seines Lebens Akzente zu verschieben oder Ergänzungen vorzunehmen, die erst aus langjähriger Erfahrung erwachsen. Wie sehr diese Untersuchung nur Teil der Arbeiten des Verfassers zum Thema der älteren deutschen Agrarverfassung ist, zeigen seine schon vor der Erstauflage und zuletzt 1963 erschienenen Aufsätze zu einzelnen Spezialgebieten. Man vergleiche die Aufsätze über das Problem der Freiheit in der älteren deutschen Agrarverfassung und über die Hufe in der thüringisch-hessischen Agrarverfassung der Karolingerzeit (Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, gesammelte Abhandlungen, Stuttgart 1963).

Am Beispiel des thüringischen Raumes werden, von sorgfältig zusammengetragenen Forschungen zur Vorgeschichte ausgehend, die frühmittelalterlichen Agrarverhältnisse der Karolingerzeit geschildert, wobei auch immer wieder die besondere östliche Grenzlage dieses Ge-

bietes Berücksichtigung finden muß. Die Besiedlung des Landes, die soziale Gliederung des Volkes, die sich herausbildende weltliche und geistliche Grundherrschaft, die Hufe, Mark und Markgenossenschaft sind die Hauptthemen, denen sich der Verfasser widmet. Die sozialen und rechtlichen Probleme der Freiheit und Unfreiheit, die Verschmelzung ursprünglicher Differenzierungen und ihre Ursachen werden herausgearbeitet. Es ist verständlich, daß alle späteren Untersuchungen nicht mehr die hier geleistete Arbeit übersehen konnten.

Harald Winkel, Mainz

Aloys Schulte: Geschichte des mittelalterlichen Handels und Verkehrs zwischen Westdeutschland und Italien mit Ausschluß von Venedig. 2 Bde. Berlin 1966. Duncker & Humblot. XXXIII, 742, 358 S.

Neu- und Nachdrucke wissenschaftlicher „Klassiker“ (zu teilweise exorbitanten Preisen) sind seit einigen Jahren fast zur Mode geworden. Die Gründe für diese Entwicklung sind so unterschiedlich wie die auf solche Weise reproduzierten Werke. Manche Bücher, die vor Jahrzehnten bahnbrechend wirkten, haben heute „nur“ noch wissenschaftsgeschichtlichen Wert. Andere haben in ihrer Methodik und Aussagekraft Jahrzehnte überlebt, ja sogar in Einzelfällen wieder eine ungeahnte Aktualität bekommen.

Trifft letzteres auch auf den hier anzuzeigenden Neudruck zu? Besitzt das Werk Schultes für die heutige Forschung noch nennenswerte Bedeutung? Für den zweiten Band ist diese Frage ebenso einfach wie eindeutig zu bejahen. Die darin teils im Wortlaut, teils in Regestenform wiedergegebenen 451 Quellen aus italienischen, deutschen, österreichischen und schweizerischen Archiven sind für die Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters nach wie vor sehr bedeutsam, wie überhaupt exakt bearbeitete Quelleneditionen für den Historiker fast zeitlosen Wert besitzen.

Für den mit 725 Textseiten wesentlich umfangreicheren Darstellungsband ist die Frage nach seinem heutigen Wert wesentlich schwerer zu beantworten. Als die erste Auflage des Gesamtwerks 1900 erschien, fand es in der Fachwelt eine ganz überwiegend positive Aufnahme. Man lobte „den Reichtum der Darstellung Schultes“ (Th. Sommerlad in: *Jbb. f. Nat. u. Stat.*, Bd. 77, 1901, S. 564), die „völlige Beherrschung des gewaltigen Stoffes wie die geschickte Gliederung und Verarbeitung“ (A. Büchi in: *Hist. Jb.*, Bd. 23, 1902, S. 98) sowie die „Sachlichkeit und Klarheit“ der Darstellung und die „geradezu erstaunliche Literaturkenntnis“ Schultes (A. Doren in: *Hist. Vierteljahresschrift*, Jg. 4, 1901, S. 524).

Bei einer derartigen Resonanz ist es nicht verwunderlich, daß beide Bände bereits 1906 im Buchhandel vergriffen waren (M. Miller: *Vom Werdegang einer wissenschaftlichen Publikation*. In: *Beiträge z. Wirtschafts- u. Sozialgesch.*, Festschrift für H. Ammann, Wiesbaden 1965, S. 223—241, mit vielen interessanten Einzelheiten zur Entstehungsgeschichte des Werkes).

Dennoch wurde der bereits damals gefaßte Plan, eine zweite, verbesserte und vermehrte Auflage erscheinen zu lassen, ebenso wenig realisiert wie der 1939 beabsichtigte unveränderte Neudruck, obwohl Schultes Werk bereits damals „im wissenschaftlichen Antiquariatsbuchhandel als große Seltenheit zu Preisen gehandelt (wurde), die weit über dem ursprünglichen Ladenpreis“ lagen, wie der Verlag damals äußerte (zit. bei *Miller*, a.a.O., S. 237).

Trotz der überwiegend positiven Resonanz fehlte es aber auch nicht an kritischen Stimmen. So räumte *G. v. Below* in seiner allerdings nicht immer ganz objektiven Rezension (HZ Bd. 89, 1902, S. 215 bis 238) zwar ein, „daß Schulte in der kritischen Zubereitung des Stoffes Bewundernswertes, vielleicht sogar Unübertreffliches leistet“ (a.a.O., S. 217), dem Werk fehle aber doch „das höchste Kennzeichen echter Wissenschaft, die allseitig zutreffende und präzise Formulierung des zusammenfassenden Urteils ... in bemerkenswertem Maße“ (ebd., S. 238). Schulte gehe „im allgemeinen Urteil oft fehl“ (ebd.).

In der Tat ist das vorliegende Werk „bei seiner Tatsachenfülle nicht einfach zu lesen“, wie *H. Ammann* in seinem verständnisvollen Geleitwort zu dem von ihm angeregten Neudruck (S. XVII) schreibt. Die Fülle der mitgeteilten Fakten und der damit aufgeworfenen Fragen und Probleme droht manchmal den Eindruck einer in sich geschlossenen Gesamtdarstellung zu verwischen. Schulte selbst glaubte bereits 1920, einen Neudruck „ohne weitgehende Änderungen“ nicht verantworten zu können, wie *Ammann* (S. VII) berichtet.

Aber in der Tatsachenfülle liegt in heutiger Sicht gleichzeitig ein wesentlicher Wert des Werkes. Gleiches gilt für die umfassenden Literaturangaben Schultes, die zwar teilweise überholt, aber heute oft nur schwer bibliographisch zu erfassen sind.

So haben sich in den verflossenen 66 Jahren als bleibende Vorzüge des Gesamtwerkes erwiesen: die umfangreichen Literaturangaben, die wertvollen Quelleneditionen, die Materialfülle und die daraus entwickelten (von Schulte nur teilweise beantworteten) Fragestellungen, die wichtige Impulse für die weitere Forschung darstellten (vgl. z. B. die über 100 von Schulte betreuten Dissertationen, zusammengestellt in: *Hist. Jb.*, Bd. 57, 1937, S. 535 ff.). Die wirtschaftsgeschichtliche Forschung wird daher den Neudruck dieses seit vielen Jahren kaum noch erhältlichen Standardwerkes nur mit Freude und Dankbarkeit begrüßen können.

Reinhard Hildebrandt, Berlin

Alfons Dreher: Das Patriziat der Reichsstadt Ravensburg von den Anfängen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts. Stuttgart 1966. W. Kohlhammer. 592 S.

Während der letzten Jahre hat die Geschichtsforschung sich intensiver als früher darum bemüht, bevölkerungsgeschichtliche Probleme zu klären, z. B. die Entwicklung des Patriziats, und eben dieser geht *Dreher* in der Reichsstadt Ravensburg nach. Er konnte seine Untersuchungen — sukzessive veröffentlicht in der Zeitschrift für Württem-

bergische Landesgeschichte und nun wegen ihrer nahezu einmaligen Gründlichkeit und vielseitigen Fragestellung in einem umfangreichen Bande zusammengefaßt — aus jahrzehntelanger Arbeit an den im Archiv der Stadt liegenden Akten und Urkunden erwachsen lassen. Selbstverständlich ist es für ihn, die Geschichte des Patriziats stets im Rahmen der gesamten Entwicklung Ravensburgs zu sehen, und dadurch weitet sich sein Werk aus fast zu einer Geschichte dieser Stadt überhaupt, einer Handelsstadt, in der die rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen besonderes Gewicht besaßen und in der die erfolgreichen Kaufmannsfamilien (nicht die Besitzer von Grundrenten) das Meliorat bzw. Patriziat — mit ihrer exklusiven Gesellschaft im Esel — bildeten. Ihre Blütezeit erlebte die städtische Oberschicht während des 15. Jahrhunderts; sie büßte dann seit den dreißiger Jahren des folgenden Jahrhunderts an Bedeutung ein: Die große Handelsgesellschaft ist aufgelöst worden, man verzichtete auf kaufmännische Tätigkeit, städtische Kapitalien wurden in Grundbesitz angelegt, Ravensburg verlor die wirtschaftliche Vorrangstellung im Bodensee-Raum, und hinzukamen die politische und wirtschaftliche Zersplitterung eben dieses Gebietes, der Bevölkerungsrückgang und die religiösen Auseinandersetzungen. Um die Mitte des 17. Jahrhunderts lebte nicht eine der Familien mehr in der Stadt, die einst deren Reichtum begründet hatten. Dem Patriziat gehörten nun vor allem Juristen an; es fand sich — jetzt als Stadtadel bzw. „Junker“ — nicht bereit, bürgerliche Berufe zu ergreifen, und starb schließlich während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts aus. Seine Eselsgesellschaft wurde 1818 aufgelöst.

Es sei noch dankbar vermerkt, daß die statistischen Angaben über das Vermögen vieler Patrizier, die zahlreichen Abbildungen und vor allem die ausführlichen Familienverzeichnisse nicht etwa nur für den Landeshistoriker von größtem Interesse sind.

Eberhard Schmieder, Berlin

Edgar Salin: Lynkeus. Gestalten und Probleme aus Wirtschaft und Politik. Tübingen 1963. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XII, 412 S.

Nach Salin sollen, wie er im Vorwort schreibt, die in diesem Band vereinigten Reden und Abhandlungen als eine zeitgemäße „Einführung in die politische Ökonomie“ gelesen werden. Mit Recht betont er, daß Wirtschaftsgeschichte und Geschichte der Theorien für die heutige junge Generation, die theoretisch besser als frühere Generationen geschult wird, unentbehrlich sind. Der Ausbau von Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftssoziologie muß von der jungen Generation als eine der wichtigsten wissenschaftlichen Aufgaben begriffen werden (S.15). Viele Beiträge berühren die Gebiete Wirtschafts- und Dogmengeschichte.

Die vielseitigen Beiträge sind in sechs Abschnitte eingeteilt. Abgesehen von drei Beiträgen handelt es sich um Wiederabdrucke von Veröffentlichungen in Festschriften und verschiedenen Zeitschriften,

vor allem aus Kyklos. Der I. Abschnitt „Zur Erinnerung“ bringt neben einer Würdigung *Einaudis* Gedenk- bzw. Trauerreden für *Gothein*, dessen Seminarassistent Salin war, *Landmann*, *Harms*, *Sombart*, *Eucken*, *Alfred Weber* sowie für den „größten Förderer“ der Friedrich-List-Gesellschaft, *Paul Reusch*, und *Hans Luther*. Ausgewählt hat der Autor nur die Lebensbilder von Lehrern, Freunden, die in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik eine bedeutende Stellung einnahmen. Für diese Beiträge gilt weitgehend das, was Salin von seiner Gedächtnisrede für *Weber* sagte, auch sie stellen ein Stück Gelehrten-geschichte, deutscher Geschichte wie auch der Geschichte der westlichen Welt dar. Sie sind, was weitgehend auch für die folgenden Beiträge zutrifft, glänzend geschrieben; Salin versteht, treffend zu formulieren. Man liest die Schrift überhaupt mit Genuß. War es übrigens *Luther* allein, der 1923 die Währung gerettet hat?

Im II. Abschnitt „Standortstheorie und Standortkunde“ beschäftigt sich Salin zunächst ausführlich mit *Thünen*. Er versucht hier, die Frage zu beantworten, wie *Thünen* eigentlich gearbeitet hat und was wir daraus lernen könnten. 100 Jahre haben, schreibt er S. 105, dem Werk von *Thünen* nichts von seiner Frische geraubt. Recht gut sind auch seine Ausführungen über die Standortlehre von *Alfred Weber*, die heute noch für den Wirtschaftshistoriker von Bedeutung und u. U. für den Wirtschaftspolitiker von Interesse ist.

Der III. Abschnitt „Politische Ökonomie — einst und heute“ bringt u. a. eine Fülle guter dogmengeschichtlicher Bemerkungen. Mit Recht weist Salin auf S. 209 darauf hin, daß die deutsche Wissenschaft *Sombart* die Würdigung verweigert hat, die ihm trotz aller seiner Grenzen und Schwächen als Gelehrtem alten Stils und als einem der Großen im Reiche deutscher Wirtschaftswissenschaft zukommt. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhange auf den zuerst im Sonntagsblatt der „Baseler Nachrichten“ vom 1. 6. 1941 gebrachten und im vorliegenden Buch S. 41 ff. wiederabgedruckten ausgezeichneten Nachruf auf *Sombart*.

Es würde den Rahmen dieser Besprechung sprengen, wollte ich auch auf die drei letzten Abschnitte „Währungstheorie und Währungspolitik“, „Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik“ und „Die neue Etappe der industriellen Revolution“ eingehen. Ich begnüge mich mit einigen kurzen Hinweisen.

Manche interessante Bemerkung findet man im IV. Abschnitt, in dem Salin u. a. auf die Währungsexperimente von 1945 bis 1948 eingeht.

Im V. Abschnitt setzt sich Salin u. a. mit dem „Siegeszug der modischen Schlagworte“ auseinander und bringt hier manche treffende Bemerkung. Lesenswert sind auch seine Ausführungen über die *List*-schen Wirtschaftsstufen und die Bedeutung der *Typik* (S. 334 ff.). Nach Salin gibt es keine Notwendigkeit oder gar ein Gesetz der Entwicklung, wie sie von den Vertretern der Wirtschaftsstufentheorie, zuletzt von *Rostow*, behauptet wurde (S. 331). Fesselnd geschrieben

sind seine „Israelischen Impressionen“ (S. 310 ff.). In diesem Abschnitt findet sich auf S. 340 ein Satz, dem man gerade heute ausdrücklich zustimmen möchte: „Es ist die harte Pflicht des Ökonomen, nüchtern zu analysieren, auch wenn dadurch Illusionen zerstört und Hoffnungen geknickt werden.“

Im VI. Abschnitt setzt sich Salin u. a. mit dem Begriff der industriellen Revolution auseinander. Man kann auch hier seinen Ausführungen weitgehend zustimmen. Nachdenklich stimmt ein Satz: „Ich will nicht apokalyptische Schreckensbilder heraufrufen; aber daß mit der Automation die Verwundbarkeit, die tödliche Verwundbarkeit unserer ganzen Welt auf ein Höchstmaß gesteigert wird, das sollten sich auch die Fortschrittsgläubigen nicht verhehlen.“

Erstaunlich ist, daß er immer nur den 10-Tonnen-Wagen zugrunde legt. Da einige seiner Beiträge schon vor längerer Zeit geschrieben wurden, sind manche der gebrachten Zahlenwerte veraltet. Es trifft z. B. nicht mehr zu, daß die westdeutsche Kohleproduktion bei weitem nicht zur Deckung des heimischen Energiebedarfs ausreicht (S. 356). Aber das sind Schönheitsfehler, die dem Wert der Schrift keinen Abbruch tun. Sie kann jedem an nationalökonomischen Fragen Interessierten nur wärmstens empfohlen werden. Und der Nationalökonom selbst sollte wohl über den Satz (S. 349) nachdenken: „Aber wird nicht auch das, was man seit Menger, Jevons, Walras als Theorie oder ‚Economics‘ oder ‚Katallaktik‘ bezeichnet und was heute als Schreinerei von Modellen verstanden und ausgebaut wird, als Flucht aus der politischen Ökonomie in eine wirklichkeitsferne Abstraktion recht fragwürdig?“

Bruno Schultz, Berlin

Jürgen Herbst: The German Historical School in American Scholarship. A Study in the Transfer of Culture. Ithaca (N. Y.) 1965. Cornell Univ. Press. XVII, 262 S.

In der geistesgeschichtlichen und speziell sozialwissenschaftlichen Entwicklung der Nordamerikanischen Union ist es nach Herbert Spencers ethisch-politischem Evolutionismus vor allem die deutsche historische Schule gewesen, die europäischem Gedankengut in der Neuen Welt die Bahn ebnete und in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts wachsenden Einfluß auf das geistige Leben Amerikas gewann. Wie Herbst in dieser verdienstlichen Untersuchung nachweist, hat der deutsche Historismus in vielfacher Hinsicht die Ausbildung der amerikanischen Hochschulwissenschaft über die Jahrhundertwende hinaus bis zum Ersten Weltkrieg nachhaltig mitgeprägt, also nicht nur auf dem Gebiet der Nationalökonomie, wo die Rezeption europäischer und zum Teil auch deutscher wie österreichischer Lehrtradition mit Händen zu greifen ist.

Unter den etwa 9000 amerikanischen Studenten, die zwischen 1820 und 1920 deutsche Universitäten besuchten, befanden sich viele, die es in ihrer Heimat zu hohem Ansehen in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft brachten. Manche Wesenszüge akademischer Einrichtungen

und Bildungsziele in Deutschland sind während dieser Periode von amerikanischen Hochschulen übernommen worden, wenngleich das bodenständige College-System in seiner Organisation und Methodik den Erfordernissen der „professional education“ verhaftet blieb: „Between the uniformity and discipline of the American college and the freedom of the German university the contrast was sharp“ (S. 29), nicht zuletzt deshalb, weil es sich bei den meisten College-Gründungen um private Institutionen handelte. An den Universitäten und besonders in den Philosophischen Fakultäten zeigten sich jedoch mehr oder minder lang fortwirkende Nachbildungen deutscher Hochschulpraxis, und „the adoption of the seminar method in the social sciences was well-nigh universal“ (S. 35). Auch die Vermehrung von „fellowship programs“ sollte darauf hinführen „to combine the excellences of the English fellowship system and the German Privatdocent system“ (S. 33), wie überhaupt etliche der heute noch oder wieder diskutierten Projekte einer Studienreform dem damals einsetzenden Austausch von Lern- und Lehrerfahrungen entsprungen sind, auch auf den vorbereitenden Stufen: „The German graduate school and the American college were each to offer its most cherished traditions to the other“ (S. 49).

Der Autor forscht sodann den vielfältigen Einflüssen des deutschen Historismus auf das amerikanische Geistesleben in den davon am stärksten berührten Wissensbereichen nach, nämlich in Philosophie und Theologie, Real- und Ideengeschichte sowie den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. „The political consciousness of the German professors also reminded American students of the moral philosophers at home, who had spoken of the citizen's obligation to participate in the politics of a democratic society. For the German professors, however, political activity was not so much the obligation of a free citizen as it was a duty imposed by official status“ (S. 112), und gerade hierin meint Herbst den tieferen Grund für das Versanden des Historismus in Amerika gefunden zu haben: daß eben alle Geschichts- und Gesellschaftswissenschaft — ungeachtet jedweder analytischen Fortschritte, die oft aus denselben Quellen schöpfen und denen nationale und Sprachgrenzen nicht im Wege stehen — ihrer kulturräumlichen Eigenständigkeit eingedenk bleiben müsse. „The German-trained Americans of the historical school . . . realized that not only the facts but the ideas of American history had to come from American sources. When they mixed American facts with German ideas, they could not but founder upon the shoals of cultural diversity“ (S. 128).

Ein Großteil der Betrachtungen Herbsts gilt der Resonanz, die die historische Schule der Volkswirtschaftslehre in der bis dahin noch stark von der Klassik und Nachklassik beherrschten, aber auch schon vom angelsächsischen Zweig der Grenznutzentheorie beeinflussten amerikanischen Nationalökonomie hervorgerufen hatte und die lange anhaltende Richtungskämpfe (vornehmlich innerhalb der American Economic Association seit 1885) auslöste. Hier vermittelt das Werk

unserer Dogmengeschichte neue nützliche Einsichten, die wissenssoziologisch von einer urteilssicher differenzierenden Gesamtschau jener „progressiven Ära“ Amerikas häufig bis in biographische Einzelheiten reichen und zum besseren Verständnis der nationalökonomischen und wirtschaftspolitischen Wandlungen zwischen historisch unbeschwertem Fortschrittsglauben und selbstkritischer Resignation bis in die Gegenwart hinein beitragen. Daß Herbsts Fragen und Antworten vielfach weit eher von allgemein-fachhistorischem als von sozialökonomischem Interesse bestimmt sind, macht die Stärke und Schwäche dieses Buches aus; sonst hätte es schwerlich passieren können, daß der Institutionalismus in seinem Verhältnis zur jüngeren historischen Schule völlig unbeachtet blieb und daß über *Veblen* und *Mitchell* kein Wort verloren wurde. Antonio Montaner, Mainz

Dieter Schäfer: Der deutsche Industrie- und Handelstag als politisches Forum der Weimarer Republik. Eine historische Studie zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Hamburg 1966. Verl. Weltarchiv. 76 S.

In kurzen Worten skizziert der Verfasser die Entwicklung des Deutschen Handelstages seit 1861. Zunächst der deutschen Politik Badens und Preußens dienend, verlor der Handelstag nach der Reichsgründung seine politische Bedeutung. Er vertrat seitdem die handelspolitischen gegen die agrarpolitischen Interessen und gewann bis zu einem gewissen Grade Verbandscharakter. Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges wurde er als Deutscher Industrie- und Handelstag Organ ausschließlich der Kammern und aller Kammern und hatte unter der Präsidentschaft des Berliner Bankiers Franz von Mendelssohn eine „angeborene Affinität“ zur Weimarer Republik. Schäfer sucht dies insbesondere durch eine Analyse des Inhalts und der Wirkung von Reden und Ansprachen zu erweisen, die Reichskanzler und Reichsminister zwischen 1922 (Wirth) und 1931 (Brüning) vor dem Verband hielten. Rolf Engelsing, Berlin

Heinz Sauer mann: Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Bd. 1. 2. Aufl. Wiesbaden 1965. Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Gabler. 222 S.

Der erste Band dieser im Rahmen des Sammelwerkes „Die Wirtschaftswissenschaften“ publizierten „Einführung“ erscheint in zweiter Auflage. Die weite Verbreitung, die dieses Lehrbuch binnen kurzer Zeit gefunden hat, läßt das nicht weiter verwunderlich erscheinen; die Prägnanz und Klarheit, mit der hier auf engem Raum die Grundlagen der modernen Wirtschaftstheorie dargeboten werden, läßt wiederum seine weite Verbreitung nicht verwunderlich erscheinen.

Es scheint allerdings geboten, darauf hinzuweisen, daß die Ware ein falsches Etikett trägt. Es handelt sich nicht um eine Einführung in die Volkswirtschaftslehre, sondern um eine Einführung in die

Volkswirtschaftstheorie. Abgesehen davon, daß wichtige Teilgebiete der Theorie (sicherlich aus Raummangel) nicht behandelt werden, wie die Außenwirtschaftstheorie und die Verteilungstheorie, fehlt in dem Buch der Teil der Wirtschaftswirklichkeit, der durch Setzen von Prämissen aus der Betrachtung ausgespart wird, und das ist ein beträchtlicher Teil. Wer sich etwa — um ein Beispiel aus dem 2. Band zu nennen — über das Zustandekommen des Lohnes informieren wollte, der fände sich auf die Grenzproduktivität als Obergrenze der Unternehmensnachfrage und auf die Konstruktion einer individuellen Arbeitsangebotskurve verwiesen. Die Realität, d. h. in diesem Falle die vielfältigen Besonderheiten des Arbeitsmarktes, wie große Heterogenität des Faktors Arbeit, beschränkte fachliche und räumliche Mobilität des Faktors Arbeit, mangelnde Markttransparenz, Organisation der Marktparteien u. a., bleibt unberücksichtigt.

Zu einer „Volkswirtschaftslehre“ gehört zweifellos die Einbeziehung der wichtigsten institutionellen und rechtlichen Gegebenheiten, weil nur mit ihrer Hilfe eine sinnvolle Interpretation theoretischer Ergebnisse möglich ist. Nun könnte man sich schnell darauf einigen, das Buch als eine reine Einführung in die Wirtschaftstheorie zu bezeichnen, wenn der Verfasser gänzlich auf „wirtschaftskundliche“ Ausführungen verzichtet hätte. Er hat jedoch das erste und sechste Kapitel des Ersten Teils „empirisch-ökonomischen Tatbeständen“ gewidmet. Sie machen aber aus dem Buch keineswegs eine Volkswirtschaftslehre. Auf S. 71—87 werden unter der Überschrift „Bevölkerung und Bevölkerungsstruktur“ in 14 Tabellen Zahlen über Erdbevölkerung, Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Bevölkerungsdichte, nordamerikanische Einwanderung, Altersaufbau in der BRD, Erwerbspersonen, Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe u. a. dargeboten. Der Wert derartiger Zahlenanhäufungen in einem Lehrbuch erscheint äußerst zweifelhaft, zumal der kurze kommentierende Text oberflächlich und gänzlich isoliert von den theoretischen Teilen des Buches steht. Das Gesagte gilt auch für den 2. Abschnitt des Kapitels (Die natürlichen Ressourcen; S. 87—91). Der 3. Abschnitt (Die gesellschaftliche Ordnung; S. 91—108) bringt eine Darstellung der Wirtschaftssysteme, der Konkurrenzformen, der Rechtsformen, der staatlichen Aktivität und der Währungsordnung. Auch hier handelt es sich lediglich um kurze Anmerkungen, die denen, die wirklich eingeführt werden wollen, wenig nutzen. Es hätte daher dem ganzen nur genutzt, wenn konsequent auf alles „Wirtschaftskundliche“ verzichtet worden wäre und der gewonnene Raum den theoretischen Ausführungen zugute gekommen wäre. Hubertus Adebahr, Berlin

Jens Lübbert: Untersuchungen zur Theorie der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung. Tübingen 1964. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 213 S.

Die vorliegende Habilitationsschrift, die — wie viele andere aus den letzten Jahren — von der Faszination zeugt, die das Thema Ein-

kommensverteilung auf junge deutsche Ökonomen auszuüben scheint, geht aus von einer „kritischen Auseinandersetzung mit einigen der bekanntesten Versuche einer Erklärung der gesamtwirtschaftlichen funktionalen Einkommensverteilung“ (S. 1). Es sind dies die makroökonomische Grenzproduktivitätstheorie, die Monopol(grad)theorien und die „Keynessche“ Theorie der Funktionalverteilung. Jeder von diesen dreien ist je ein Kapitel gewidmet; ein kurzes viertes beschäftigt sich vorwiegend mit Methodenfragen, insbesondere Erörterungen über den Aussagewert der komparativ-statischen Gleichgewichtsanalyse.

Das Ziel des Verfassers besteht erklärtermaßen nicht in einer Synthese verschiedener Ansätze zu einem neuen Modell — was man (wie der Rezensent) bedauern mag, da die Lektüre den Verdacht nährt, daß Lübbert hierzu einiges zu sagen hätte —, sondern vielmehr in dem (übrigens geglückten) Versuch, Möglichkeiten zur Korrektur mancher existierender Verteilungsmodelle zu demonstrieren. Solche Korrekturen sind vor allem deswegen erforderlich, weil die Übertragung mikroökonomisch gewonnener Aussagen auf makroökonomische Problemstellungen bisher allzu unkritisch erfolgt ist. Das gilt für die mikroökonomische Grenzproduktivitätstheorie ebenso wie für die Monopolgradtheorie.

Lübberts wichtigste Korrektur an der Grenzproduktivitätstheorie besteht in der Berücksichtigung der Altersstruktur des Sachkapitalbestandes, wobei er den bekannten Ansatz von *Solow* aufgreift und für seine Zwecke dienstbar macht. Die hieraus sich ergebenden Modifizierungen gegenüber der traditionellen makroökonomischen Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung sind im ersten Kapitel dargestellt.

Das zweite Kapitel behandelt das Verteilungsproblem für solche Situationen, in denen die Anbieter Preispolitik betreiben (je drei Fälle der Preispolitik auf der Grundlage der Lohnkosten und auf der Grundlage der Gesamtkosten). Wesentlich ist auch hier wieder der Nachweis, daß eine naive Übertragung der mikroökonomischen Ergebnisse auf die Frage nach der Makro-Funktionalverteilung nicht bzw. nur unter unrealen Voraussetzungen möglich ist. Zumindest die „unternehmungsweise Struktur der Volkswirtschaft“ ist zusätzlich zu berücksichtigen.

Das dritte Kapitel schließlich geht von *Kaldors* einfachem Verteilungsmodell aus, das zu Recht als wenig ergiebig für die Frage nach den Bestimmungsgründen der Einkommensverteilung verworfen wird. An seine Stelle setzt Lübbert den Versuch einer „Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensverteilung durch die Zielsetzungen und durch die Verhaltensweisen der großen Wirtschaftsverbände“ (S. 160), einen Versuch, der zu dem auch wirtschaftspolitisch interessanten Ergebnis führt, daß „die Gegensätze zwischen den verteilungspolitischen Zielsetzungen der Gewerkschaften und den verteilungspolitischen Zielsetzungen der als ‚Lohnführer‘ auftretenden Ar-

beitgeber keineswegs so groß sind, wie es eine vereinfachende Betrachtungsweise glauben machen kann“ (S. 156).

Die vorliegenden „Untersuchungen“ sind schwer verdauliche Kost: Das Streben nach Präzision in den Formulierungen führt zu einem Stil, der nicht nur an Substantivitis, sondern auch an Überverschachtelung leidet, was der Durchsichtigkeit nicht immer gut bekommt, zumal die Formeln (gewiß in bester Absicht) in mehrere Anhänge verbannt wurden. Wer aber gute Kauwerkzeuge hat, wird für die Mühe belohnt: Es wird ihm restlos klargemacht, daß Aggregation nicht darin bestehen kann und darf, in einer mikroökonomisch gewonnenen Aussage die Mikro- durch Makrovariable zu ersetzen und dann das Ergebnis als Makro-Aussage anzupreisen. Lübbert zeigt, wie man es besser machen kann.

Hans-Jürgen Vosgerau, Tübingen

George L. Perry: Unemployment, Money Wage Rates, and Inflation. Cambridge/Mass. 1966. The MIT Press. XVI/143 S.

Es sind nun knapp zehn Jahre her, seit die berühmte „Phillips-Kurve“ das Licht der Welt erblickte. Seither haben sich eine Reihe von Studien bemüht, den von A. W. *Phillips* (The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861—1957. *Economica*, Nov. 1958) stipulierten stabilen Zusammenhang zwischen Arbeitslosenrate und Geldlohnsteigerung zu überprüfen und zu modifizieren. Perrys Arbeit stellt einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte dar.

Nach einem einleitenden Kapitel, in dem Perry Einblick in die wichtigsten bisherigen Studien gewährt — es werden allerdings nur englische und amerikanische Arbeiten berücksichtigt —, wird die Geldlohnbewegung in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1948 bis 1960 behandelt. Anknüpfend an die Diskussion der letzten Jahre geht Perry über den Ansatz von *Phillips* hinaus. In seinem Modell sind Geldlohnänderungen eine Funktion der Arbeitslosenrate (als Indikator des Nachfragedrucks am Arbeitsmarkt), der Änderungen der Verbraucherpreise, der Profitrate, und der Änderungen der Profitrate (als Indikator der Erwartungen). Mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit sind alle Relationen linear; für die Auswirkungen der Preisänderungen und der Profitrate ist eine Verzögerung von einem Quartal angenommen. Die auf Quartalsdaten aufbauenden und nach der Methode der kleinsten Quadrate durchgeführten Berechnungen ergeben für alle Bestimmungsfaktoren signifikante Parameter.

Neben dieser Lohnbestimmungsgleichung werden die Wechselbeziehungen zwischen Löhnen, Preisen und Profiten in einem Modell behandelt, das den Industriesektor umfaßt und aus fünf Gleichungen besteht. Dieses Modell dient der Überprüfung der Lohnbestimmungsgleichung und einer approximativen Untersuchung der Lohn-Preis-Profit-Spirale.

Perry versteht es ausgezeichnet, aus seinen Ergebnissen ein möglichst großes Maß an ökonomischen Einsichten und wirtschaftspoliti-

schen Schlußfolgerungen zu extrahieren. Manche seiner Interpretationen leiden etwas unter „Modellfaszination“, sie halten sich zu eng an die Schranken, die durch die Modellkonstruktion und die Schwächen des Datenmaterials gezogen sind. Aber das ständige Streben nach ökonomischer Deutung der Ergebnisse macht die Lektüre auch für den Lesenswert, der an der Modellkonstruktion weniger interessiert ist.

Zu den interessanten Ergebnissen zählt die Stabilität des Modells. Die Werte der Parameter der Lohn-Preis-Relationen schließen explosive Lohn-Preis-Spiralen aus. Bei übermäßigen Steigerungen der Löhne oder Preise ist mit einer allmählichen Dämpfung der Zuwachsraten zu rechnen. Letzten Endes kommt es zu einem „Gleichgewichtszustand“, in dem die Lohn- und Preiszunahme vom Niveau der Arbeitslosigkeit, der Profitrate, dem Produktivitätszuwachs und der Kapazitätsausnutzung abhängt. Weiter ist erwähnenswert, daß Perrys Berechnungen den Ergebnissen von *Phillips* widersprechen, der aus seinem britischen Material eine stabile Relation zwischen Lohnänderungen und Arbeitslosigkeit über viele Jahrzehnte hinweg herauslas. Perry stellt deutliche Unterschiede zwischen dem Lohnentwicklungsprozeß der Vorkriegszeit und den Nachkriegsjahren fest. Auch nach dem Ende des Koreakriegs dürfte sich die Bedeutung einiger lohnbestimmender Faktoren etwas verschoben haben.

Perrys Monographie zeichnet sich durch einen klaren Stil aus. Jedes Argument wird Schritt für Schritt entfaltet, so daß man den Gedankengängen des Autors stets ohne Schwierigkeit folgen kann. Dieser Umstand sowie die bereits erwähnte Zusammenfassung der wichtigsten früheren Beiträge zu diesem Thema machen das Buch nicht nur für den engeren Spezialisten, sondern auch als Einführung in diesen Zweig der Lohn- und Inflationsproblematik empfehlenswert.

Kurt W. Rothschild, Linz

Lothar M. Schmid: Grundlagen und Formen der Preisdifferenzierung im Lichte der Marktformenlehre und der Verhaltenstheorie. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 158 S.

Schmid führt die Preisdifferenzierung auf drei Bestimmungskriterien zurück: den Preis, die Art des Gutes und die Kosten. Demnach kann sowohl bei verschiedenen wie bei gleichen Preisen, bei heterogenen wie bei homogenen Gütern, bei Gütern mit gleicher wie bei Gütern mit verschiedener Kostenbelastung von Preisdifferenzierung gesprochen werden. Der Verfasser kommt somit zu folgender Definition: „Preisdifferenzierung ist eine für einen gewissen Zeitraum geplante preispolitische Verhaltensweise eines Anbieters (oder Nachfragers). Dabei werden homogene oder heterogene, aber vergleichbare Güter zu verschiedenen oder gleichen Preisen verkauft (oder gekauft). Die Preisdifferenzierung wird durch die Teilung des Marktes ermöglicht, die ihrerseits in unterschiedlichen Elastizitäts-

verhältnissen begründet ist. Bei einer marginalen Betrachtungsweise verursacht die Preisdifferenzierung ein Mißverhältnis zwischen Grenzkosten (Grenzproduktivitäten) und Grenzerlösen (Grenzausgaben), bei einer Betrachtungsweise des einzelnen Gutes ruft sie ein Mißverhältnis zwischen Durchschnittskosten und Durchschnittserlösen hervor“ (S. 46).

Bevor Schmid eine eigene Definition vorlegt, unterzieht er verschiedene Definitionen der Preisdifferenzierung einer sehr sachlichen und klaren Analyse, indem er zunächst von jenen Autoren ausgeht, die nur dann von Preisdifferenzierung sprechen, wenn für gleiche Güter unterschiedliche Preise verlangt werden. Über die Preispolitik bei heterogenen Gütern gelangt der Verfasser schließlich zur Darstellung jener Auffassungen, nach welchen Preisdifferenzierung bereits dann vorliegt, wenn die Preisverschiedenheiten nicht auf unterschiedliche Kosten zurückgeführt werden können.

Nachdem er eine allgemeine Theorie der Preisdifferenzierung vorgelegt hat, analysiert Schmid besondere Anwendungsgebiete und Erscheinungsweisen der Preisdifferenzierung, reduziert sie auf ihre Grundformen (regionale, persönliche, zeitliche, sachliche) und zeigt ihre möglichen Überschneidungen und Formenkombinationen. Im abschließenden Kapitel knüpft der Verfasser an die zu Beginn der Arbeit untersuchten Zusammenhänge zwischen Marktformen und Verhaltensweisen an und versucht insbesondere, die Verhaltensweisen und die Grundformen der besonderen Preisdifferenzierung in einer Tabelle darzustellen.

Das vorliegende Werk besticht den Leser vor allem dadurch, daß der Verfasser komplexe Zusammenhänge klar und einfach darlegt. Das höchst vielschichtige Zusammenwirken von Marktgegebenheiten und Verhaltensweisen wird auf einige Grundformen zurückgeführt, aus denen die verschiedenen Spielarten der Preisdifferenzierung entfaltet werden. Die von Schmid vorgelegte Definition der Preisdifferenzierung scheint von dem Bemühen getragen, die meisten der in der Literatur vorgeschlagenen Begriffsbestimmungen einzubeziehen; dadurch mußte der Ausdruck „Preisdifferenzierung“ jedoch auf allzu viele unterschiedliche Tatbestände ausgedehnt werden und an Präzision und Eindeutigkeit verlieren.

Francesca Schinzingler, Wiesbaden

Joseph E. Stiglitz (Hrsg.): *The Collected Scientific Papers of Paul A. Samuelson*. Cambridge/Mass. 1966. The MIT Press. — Zwei Bände. 1813 S.

Diese Sammlung enthält 129 Aufsätze, Reden und Memoranden von Samuelson aus den Jahren 1937—1964 als Photokopien früherer Veröffentlichungen, in ganz wenigen Fällen durch Zusätze von Samuelson ergänzt. Eine bibliographische Bearbeitung fehlt völlig. Welche Veröffentlichung reproduziert ist, kann man nur durch mühsames Suchen in den „Acknowledgments“ feststellen. Man erfährt nicht, daß es sich nicht immer um die Erstveröffentlichung handelt.

Der Aufsatz zu *Keynes* „General Theory“ wird z. B. einem Sammelwerk von *Lekachman* von 1964 entnommen, er erschien aber schon 1946 in „*Econometrica*“ und wurde 1947 im Sammelwerk von *Harris* „The New Economics“ erneut veröffentlicht. Ebenso ist der Index so unzuverlässig und lückenhaft, daß er für die Erschließung des Inhalts der beiden Bände völlig unbrauchbar ist. Sogar Konzepte und Theoreme, die von Samuelson selbst stammen oder zu denen er wesentlich beigetragen hat, sind wie das S. 294 ff. und mehrfach sonst behandelte „Turnpike-Theorem“ überhaupt nicht erwähnt oder wie „revealed preference“ nur für eine Stelle nachgewiesen, nicht für die eigentlichen Behandlungen S. 3 ff., S. 64 ff. u. a. Solche Beispiele ließen sich häufen.

Der Herausgeber hat die Beiträge nach Sachgebieten geordnet. Daran sei mit einigen Hinweisen angeknüpft. Eine kritische Stellungnahme zu dem umfassenden Inhalt verbietet sich, bei der Breite und dem Gewicht der Beiträge würde sie auf eine Gesamtdarstellung der Wirtschaftswissenschaft für die letzten Jahrzehnte hinauslaufen.

Kernbereich der Theorie des Verbraucherverhaltens in den Teilen I und II ist das Problem kardinaler oder ordinaler Nutzenbemessung, dem schon die erste Veröffentlichung von Samuelson von 1937 gewidmet war. Seine Skepsis gegenüber kardinalen Messungen hielt er auch aufrecht gegenüber einer mathematisch bestimmbar Wahrscheinlichkeit des Spielerverhaltens nach dem Bernoulli-Theorem und der Spieltheorie von *Neumann* und *Morgenstern*. Im übrigen könnten alle relevanten Ergebnisse, die mit der Axiomatik kardinaler Nutzenbemessung zu gewinnen sind, auch in ordinaler Fassung abgeleitet werden, wie das in der Indifferenzkurven-Analyse geschieht. Sein Konzept der „bekundeten Präferenz“ („revealed preference“) gehört in diesen Zusammenhang.

Aus den Beiträgen zur reinen Theorie des Kapitals und des Wachstums in Teil III sei der Beitrag zur *Schumpeter*-Festschrift 1943 „Dynamics, Statics and the Stationary State“ genannt, in dem u. a. die exakte Darstellung des Schumpeter-Theorems unternommen wird, daß im stationären Kreislauf der Zinssatz Null sei. — Der Aufsatz „An Exact Consumption-Loan Modell of Interest“ (1958) mit der Ableitung eines Zinssatzes, welcher der biologischen Wachstumsrate der Bevölkerung gleich ist, verdient gleiche Hervorhebung wie die als „neo-klassisch“ bezeichnete Fassung des Kapitalbegriffs in Wachstumsbehandlungen: „It takes the view that if we are to understand the trends in how incomes are distributed among different kinds of labor and different kinds of property owners, both in the aggregate and in the detailed composition, then studies of changing technologies, human and natural resources availabilities, taste patterns, and all the other matters of microeconomics are likely to be very important“ (S. 325).

Die Analysen verschiedener *Ricardo*-Modelle in Teil IV gehören in den gleichen Zusammenhang, ebenso der neue Aufsatz „Marxian Economics as Economics“ in *American Economic Review*, 1967.

Die älteren Aufsätze des Teils V „Market Mechanism and Maximization“ sind Einführungen in die damals neue lineare Programmierung und durch das gemeinsam mit *Dorfman* und *Solow* 1958 veröffentlichte Werk „Linear Programming and Economic Analysis“ überholt. — Die beiden Aufsätze in Teil VI „Nonsubstitution Theorems“ behandeln die Bestimmtheit der Faktorpreise bei gegebenen technischen Substitutionsbeziehungen bei nichthomogenem Faktor Kapital. — Aus Teil VII „Some Metaeconomic Propositions“ sind die Beiträge 38 bis 40 in Samuelsons „Foundation of Economic Analysis“ von 1948 aufgenommen, darunter das viel erörterte „Korrespondenz-Prinzip“ als Äquivalenz der komparativ-statischen und dynamischen Eigenschaften eines Systems. Das „Chatelier Prinzip“ mathematischer Maximierung wird in einem vorher nicht veröffentlichten RAND-Memorandum nach seiner Verwendung für die Wirtschaftstheorie geprüft. — Die „Mathematical Investigations“ des Teils VIII sind nur mathematischen Spezialisten inhaltlich zugänglich.

Sehr bekannte Beiträge Samuelsons zur Außenhandels- und Wohlfahrtstheorie findet man in den Teilen IX und X. Neben der exakten Fassung der Wohlfahrtsaspekte im *Ricardo*-Modell handelt es sich um die in mehreren Fortsetzungen (z. T. gemeinsam mit *Stolper*) durchgeführten Untersuchungen des „Heckscher-Ohlin-Theorems“ des partiellen oder totalen internationalen Ausgleichs der Preise unbeweglicher Faktoren durch freie Beweglichkeit der Güter. (Deutsch inzwischen auch im Sammelwerk von *Rose* [Hrsg.]: Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Köln/Berlin 1965.)

Bhagwati (in: *Surveys of Economic Theory*. Vol. III. London/New York 1965. S. 187) urteilt: „Although the subject is ... both of historic interest and still continues to attract fresh minds, one cannot help feeling that perhaps too great a proportion of intellectual energy of trade theorists has been directed towards a question of limited utility.“

Bei der Behandlung der Wohlfahrtsaspekte des Außenhandels findet sich der bekannte Nachweis, daß der Freihandel die Weltproduktion maximiert, ein einzelnes Land aber bei monopolistischem Verhalten seine Wohlfahrtsposition verbessern kann. Ein umfangreicher Aufsatz „Intertemporal Price Equilibrium“ von 1957 ist als „Prolog zu einer Theorie der Spekulation“ auch methodisch interessant durch die Analogie von Preisausgleich im Raum (Arbitrage) und in der Zeit (Spekulation).

Der Teil XI enthält Beiträge aus den vierziger Jahren zu der damals erfolgenden Rezeption des Keynes-Systems, darunter die berühmte Verbindung von Multiplikator und Akzelerator, die nach Samuelson zuerst von Alvin H. *Hansen* vollzogen wurde. Der Kerngehalt dieser Beiträge dürfte inzwischen in den allgemeinen Stand der Lehrmeinungen übernommen sein. — Teil XII enthält drei Beiträge zur reinen Theorie der Staatsausgaben.

Die letzten Teile sind wirtschaftspolitischen, lehrgeschichtlichen und methodologischen Inhalts. Manche der Beiträge sind zeitgebunden, wie die „Comments on Economic Programs“. Vergleiche wie des Aufsatzes „Full Employment after the War“ von 1943 mit „A Brief Survey of Post-Keynesian Development“ von 1963 können verdeutlichen, wie entschieden bei Samuelson wirtschaftspolitische Vorschläge sich mit den Fortschritten der Wirtschaftstheorie verändern. Mehr aber noch, mit welcher Konsequenz die exakte und analytische Methode der Theorie skeptisch beurteilt wird, wenn es um ihre Aussagekraft für die realen Phänomene geht. Das ist um so eindrucksvoller, als diese Hinweise und Mahnungen von einem unbestrittenen Meister der mathematisch-analytischen Methodik ausgesprochen werden, der in einem Vortrag von 1961 seine eigenen Arbeiten mit heiterer Ironie wie folgt kennzeichnete (S. 1499): „My own scholarship has covered a great variety of fields. And many of them involve questions like welfare economics and factor-price equalization; turnpike theorems and osculating envelopes; nonsubstitutability relations in Minkowski-Ricardo-Leontief-Metzler matrices of Mosak-Hicks type; or balanced-budget multipliers under conditions of balanced uncertainty in locally impacted topological spaces and molar equivalences. My friends warn me that such topics are suitable merely for captive audiences in search of a degree — and even then not after dark.“

Die im Teil XVIII gesammelten „Comments on Methodology“ sind subtile Untersuchungen der Konstruktion von Modellen, der Bedeutung der Modellaxiome für Realitätsbezogenheit, Operationalität und Relevanz. Aber gerade weil Samuelson die Kraft dieser „high-powered methods“ kennt, weiß er auch um die Grenzen jeder Darstellung ökonomischer Zusammenhänge in isomorphen Modellen. Dabei gelten ihm logische und mathematische Deduktionen als essentiell identisch (z. B. S. 1755 f., S. 1763 Anm.), auch wenn für die Behandlung gewisser Deduktionen der mathematische Symbolismus geeigneter ist (S. 1759). Immer aber gilt: „It cannot be restated too often that mastery of mathematical textbooks is neither a necessary nor sufficient condition for mastery of economics“ (S. 1652).

„Logic is no protection against false hypotheses; or against misinterpretation of reality; or against the formulation of irrelevant hypotheses“ (S. 1759).

Als „sceptic by nature“ ist er mißtrauisch gegen alle „Gesetze“, für die allgemeine Geltung beansprucht wird, etwa: „There are no rules concerning the proper role of government that can be established by a priori reasoning.“ („Call it Samuelson's Law if you like.“) (S. 1423).

Oder seine amüsante Erweiterung von „Occam's Razor“ durch „Samuelson's Razor“: „All economic regularities that have no common-sense core that you can explain to your wife will soon fail“ (S. 1539).

Man mag sich hier erinnern an das berühmte Diktum von *Marshall*, daß in der Wirtschaftswissenschaft alle kurzen Aussagen falsch seien (was ihm den Zwischenruf eintrug, ob das auch für diese seine eigene Aussage gelte). Diese Erinnerung kommt nicht von ungefähr. Einmal teilt er trotz dieser Skepsis sehr entschieden das Bemühen *Marshall's* um genaue Formulierungen, also doch „Exaktheit“. Mit Sympathie zitiert er, was *Schumpeter* „tausend Mal im Hörsaal gesagt hat“, für den nämlich jener der größte Feind war, welcher gegen „the use of exact methods in economic analysis“ opponiert. Zum zweiten aber fühlt sich Samuelson in der großen Tradition der Systematiker wie *Smith*, *Walras*, *Marshall*, *Wicksell* stehend, und er hat in seinen „Foundations“ selbst seine systembildende Konzeption ausgesprochen: „The existence of analogies between central features of various theories implies the existence of a general theory which underlies the particular theories and unifies them with respect to those central features.“

Die Kontinuität des von der Klassik ausgehenden Systemdenkens wird durch *Keynes* nicht unterbrochen. Schreibt Samuelson z. B. (S. 1544): „... attention was focused on a managed economy which through skillful use of fiscal and monetary policy channeled the Keynesian forces of effective demand behaving like a neoclassical model“, so ist das der „klassische“ *Keynes*, für den nach der vom Staat regulierten Höhe der Gesamtnachfrage „the classical theory comes to its own again from this point onwards“ (General Theory, S. 378).

Auch *Schumpeter*, dem er als einem seiner Lehrer einen Nachruf widmet, gehört für Samuelson in diese große Reihe. Folgt er ihm auch nicht in seiner Theorie, so doch im Anspruch auf den höchsten wissenschaftlichen Rang, der in der Verbindung der wissenschaftlichen Technik und der Weite des beherrschten Stoffes mit jenem Einmaligen liegt, das *Schumpeter* als „Vision“ zu bezeichnen pflegte: dem Blick auf die Phänomene, welcher in deren Chaos eine Ordnung erkennt.

Deutsches Schrifttum wird seit etwa *Wieser*, *Max Weber* und *Stackelberg* übrigens von Samuelson kaum berücksichtigt. Vielleicht mag sich das erklären aus der Feststellung (S. 1689), es sei „a sad fact that American and English economists remain incredibly deficient in ability and willingness to read (really read) other languages: by this I do not mean Tibetan, but merely German and Italian“.

Diese sehr fragmentarischen Hinweise können selbstverständlich den immensen Gehalt dieser Aufsatzsammlung eines der führenden Wirtschaftswissenschaftler unserer Zeit nicht im entferntesten bezeichnen. Trotz der Mängel der Form muß man für diese Sammlung dankbar sein.

Andreas Paulsen, Berlin

Fritz Machlup: Wettbewerb im Verkauf. Modellanalyse des Anbieterverhaltens. Aus dem Amerikanischen übersetzt von H. W. Gerhard. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. XVIII, 568 S.

Das vorliegende Buch ist die deutsche Übersetzung einer amerikanischen Veröffentlichung von Fritz Machlup, die vor mehr als einem Jahrzehnt unter dem Originaltitel „The Economics of Sellers' Competition. Model Analysis of Sellers' Conduct“ erschienen ist. Dem Verfasser, Übersetzer und Verlag gebührt Dank dafür, daß dieses Werk mit der deutschen Ausgabe jetzt einem größeren Leserkreis erschlossen worden ist. Ein in lebendiger Sprache und stellenweise in unterhaltsamer Darstellung geschriebenes nationalökonomisches Buch steht damit in deutscher Sprache zur Verfügung. Davon werden vor allem Studenten höherer Semester und Fachleute aus der Praxis profitieren.

Das Buch stellt einen Ausschnitt aus den umfassenden Arbeiten des Verfassers über die Themen Wettbewerb und Monopol dar. Sein Gegenstand ist die Theorie des Wettbewerbs im Verkauf, dessen Probleme an Modellen unter besonderer Berücksichtigung des relevanten menschlichen Verhaltens dargestellt werden. Damit sind Objekt und Methode der Arbeit charakterisiert.

Objekt der Darstellung sind nach einem einleitenden Teil über Methoden und Begriffe die verschiedenen „Typen des Wettbewerbs“ (Machlup): das Polypol, das Oligopol, das Pleiopol (Machlup: „Wettbewerb durch Auftreten neuer Anbieter“), das Monopol sowie das Zusammenwirken von Polypol und Pleiopol und von Oligopol und Pleiopol. Entsprechend dem Machlupschen Urteil über die Wichtigkeit der einzelnen Typen, wohl aber auch unter Berücksichtigung ihrer wissenschaftlichen Ergiebigkeit wird viel Raum auf die Abhandlung von Polypol und Oligopol und auf ihr Zusammenwirken mit Pleiopol verwandt; das Monopol wird dagegen relativ knapp abgehandelt.

Unter anderen Veröffentlichungen zur Preistheorie zeichnet sich Machlups Arbeit aber vor allem methodisch aus. Methodisch bietet der Verfasser eine Konzeption an, die über den Gegenstand der vorliegenden Veröffentlichung hinausreichend für die Wirtschaftstheorie von allgemeiner Bedeutung ist. Es ist der Versuch, jenseits objektiv beschreibbarer Tatbestände die subjektiven Erwartungen der Wirtschaftssubjekte und ihre prinzipiellen Handlungsmotive für die Erklärung zu nutzen. Auf das Objekt der Machlupschen Untersuchung angewandt, bedeutet das, daß sich der Verfasser insbesondere mit den subjektiven Preiserwartungen und Kostenschätzungen beschäftigt, die zusammen mit dem Gewinnmaximierungsstreben die Wahlhandlungen der Wirtschaftssubjekte bestimmen; diese Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte führen erst zu Käufen und Verkäufen zu den Preisen, die schließlich objektiv meßbar sind.

Die Veröffentlichung Machlups zeigt, daß preistheoretische Probleme mit Hilfe dieses „sozialwissenschaftlichen Erklärungsprinzips

des methodologischen Subjektivismus“ (Machlup) Lösungen zugeführt werden können, die mehr befriedigen als lediglich objektive Beobachtungen. So bietet Machlup mit seinem „Wettbewerb im Verkauf“ preistheoretisch und methodisch neue Erkenntnisse. Das gilt wohl unbestritten, auch wenn er sich selbst bei vielen Aussagen in der ihm eigenen Bescheidenheit auf frühere Arbeiten von J. Robinson, E. H. Chamberlin und F. H. Knight beziehen kann.

Fritz Abb, Frankfurt

Marita Estor: Der Sozial-ökonomische Rat der niederländischen Wirtschaft. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 208 S.

„Das Zusammenspiel von Regierung, Zentralplanbureau, dem Schlichtungskollegium, unserem Rat und der Stiftung der Arbeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist für einen Ausländer nicht immer leicht verständlich“; so zitiert Marita Estor den Vorsitzenden des Sozial-ökonomischen Rats. Die hier angedeutete Schwierigkeit beruht aber auch auf der vielschichtigen Aufgabenstellung für den Sozial-ökonomischen Rat (SER) auf Grund des „Gesetzes über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft“ von 1950. Danach ist der SER zugleich das Spitzenorgan einer öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation, in der beide Parteien des Arbeitsmarkts und die Regierung vertreten sind, und ein Gutachtergremium der Regierung in wirtschaftlichen und sozialen Fragen.

Daß die Verfasserin das erste Drittel der Arbeit einer „deskriptiven Erfassung der historischen und rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung des SER“ widmet, rechtfertigt sich zum einen aus der oben angedeuteten, ohne Kenntnis des historischen Hintergrundes schwierig verständlichen Konstruktion des SER und zum anderen aus den ganz pragmatischen Überlegungen, die zur Errichtung der öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsorganisation und des SER führten.

Der zweite Teil enthält eine instruktive Übersicht über die verschiedenen Aspekte der Tätigkeit des SER. Die sehr ausführliche Analyse seiner wirtschaftspolitischen Bedeutung berücksichtigt sowohl die grundsätzlichen Auswirkungen, die sich aus der Existenz des SER auf die Organisation der Wirtschaftspolitik ergeben, als auch die Wirkungen ausgewählter Gutachten auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen der Regierung bzw. Generalstaaten. Mit Hilfe der induktiven Methode kommt die Verfasserin so zu generalisierenden Aussagen über die wirtschaftspolitische Bedeutung des SER. Hier scheinen einige Anmerkungen am Platze.

Marita Estor sieht die Problematik des SER nicht in der „Institutionalisierung des Einflusses der Verbände“, sondern in der „Organisation der Wirtschaftspolitik“. Meiner Meinung nach handelt es sich gar nicht um einen Widerspruch, sondern um eine unterschiedliche Betrachtungsweise. Die Institutionalisierung des politischen Einflusses der Verbände — m. a. W. ihre Integration in den wirtschafts-

politischen Entscheidungsprozeß — ist eben ein Aspekt der Organisation der Wirtschaftspolitik.

Die „abschließende kritische Beurteilung der wirtschaftspolitischen Bedeutung des SER“ zeigt an einigen Punkten die Grenzen, auf die die Verfasserin — z. T. durch die Anwendung der induktiven Methode — stößt. Der mehrfach verwendete Begriff des „Gemeinwohls“ sollte vielleicht mit etwas mehr kritischer Distanz angewandt werden — Beispiele: „Der SER ist auf das wirtschaftliche Gemeinwohl bezogen...“ und: „Sachverstand, Gemeinwohlorientierung und öffentliches Ansehen sind vorausgesetzte Eigenschaften aller Mitglieder“ (S. 181). Es wäre doch ein naheliegender Verdacht, daß sich das „Gemeinwohl“ oft genug als mit den Interessen der Mächtigsten identisch erweisen könnte.

Unter diesem Aspekt hätte auch die „Zurückweisung“ des Vorwurfs einer Wettbewerbsfeindlichkeit (S. 144) etwas fundierter erfolgen können; der Verweis auf das vom SER erstellte Gutachten zum wirtschaftlichen Wettbewerb reicht eigentlich nicht aus. Die Gefahr einer Entmachtung des Parlaments auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet scheint die Verfasserin zu unterschätzen. Einerseits erscheint der SER eben als ein Sachverständigenegremium, so daß die Parlamentarier geneigt sein werden, sich seinem Sachverstand größtenteils zu beugen, andererseits fallen dort aber doch auf Grund seiner Zusammensetzung bereits politische Entscheidungen. Eine wie große Macht praktisch hinter den Entscheidungen des Rats steht, zeigt sich z. B. darin, daß in einem Fall „sogar die Annahme der vorgeschlagenen Maßnahmen unter dem Hinweis empfohlen (wurde), nur dann würden die Wirtschaftsorganisationen an der Ausführung der sie betreffenden Maßnahmen mitwirken, wenn die Regierung sich an die gemachten Vorschläge halte“ (S. 119).

Alle diese Einwände gegen eine zu wenig kritische Stellungnahme der Verfasserin zu den von ihr vorgetragene(n) Fakten berühren nicht die ausgezeichnete und trotz der Kompliziertheit des Themas sowohl übersichtliche wie auch detaillierte Darstellung. Der Leser bekommt einen abgerundeten Einblick in die Besonderheiten der Organisation der niederländischen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Holger Heide, Kiel

Géza Ankerl: L'épanouissement de l'homme dans les perspectives de la politique économique. Avec préface de Eugène Bongras. Paris (Librairie du Recueil Sirey) und Köln-Opladen (Westdeutscher Verlag) 1965. XXVII, 231 S.

Der klangvolle Buchtitel „Die Entfaltung des Menschen im Blickfeld der Nationalökonomie“ trifft den Inhalt nur ungenau, und der Autor präzisiert ihn selbst durch die Formulierung „Investitionen im Menschen als Aspekt der Verteilungspolitik“. Das Thema ist gewiß nicht neu, sondern schon geraume Zeit vor *Pigou*, der es unter den Gesichtspunkten seiner wohlfahrtsökonomischen Grenzkalküle und Inter-

ventionsformeln auch theoretisch klar umgrenzte und auszuloten suchte, der Sache nach eine Kardinalfrage der Produktivitäts- und Wertanalyse gewesen und besonders von Friedrich List, John Stuart Mill, Ernst Engel und A. Barriol eingehend erörtert worden. Neuerdings freilich ist das internationale Schrifttum zu diesem Gegenstand — nicht zuletzt zufolge seiner lange fortwährenden Diskussion in den Gremien der UN, der OEEC und der OECD — um zahlreiche Spezialmonographien gewachsen, zu deren wichtigsten die Beiträge von *Bowman*, *Mincer* und *Schultz* rechnen dürften. Auch Elisabeth *Liefmann-Keil* hat in ihrem Lehrbuch „Ökonomische Theorie der Sozialpolitik“ (1961) wiederholt auf die Problematik und Tragweite der „Investitionen im Menschen“ abgehoben, die tief in die Fragen- und Entscheidungsbereiche der Einkommens-, Wachstums-, Finanz-, Bildungs- und Bevölkerungspolitik hineinführen und bereits zu einer Art Kollektivbedürfnis geworden sind.

Hier nun liegt aus der Feder eines ungarischen Nationalökonomens und Soziologen eine weitere umfängliche Publikation vor, die unter den Auspizien von Eugène *Bongras* in Freiburg i. Ü. entstanden ist. Ankerl packt seine Aufgabe von den begrifflichen und sachsystematischen Grundlagen her an und liefert zunächst einen detaillierten Bericht über die materialen und personalen Ausgangsstände, die Nah- und Fernziele und das Instrumentarium der Verteilungspolitik im allgemeinen. Im ersten Hauptteil werden die Bestimmungsgrößen des Gemeinwohls (*bien commun*) auseinandergesetzt und den individuellen Nutzwertvorstellungen gegenübergehalten mit dem Resultat, daß der wirtschaftsethisch und gesellschaftspolitisch unabweisbare Vorrang des Gemeinwohls, auch um des Kosten- und Zeitaufwands seiner Realisierung willen, die Vormundschaft (*tutelle*) des Staates über die egozentrischen Individualwirtschaften in Gestalt genossenschaftlicher Planungsdirektiven (*planification sociétai*re) erheische: „La politique sociétaire — qui semble être la meilleure expression pour caractériser une politique unitaire inspirée par une vue évolutionniste anthropologique et qui englobe d’une façon coordonnée toute une série de surveillance et ‘providence’ étatique sur le plan culturel, éducatif, hygiénique, démographique, économique etc. — devient économorphe si ses résultats ne sont enregistrés que sur le seul plan de la ‘rationalité comptabilisable’“ (S. 51). Dieses ordnungspolitische Konzept wird sodann im einzelnen beschrieben und in seinem Für und Wider beleuchtet, wobei auch die quantitativen Kriterien der sozialwirtschaftlichen Strukturwandlungen und Entwicklungsziele unter die Lupe genommen werden. Im zweiten Hauptteil demonstriert Ankerl, wie das zuvor deduzierte Aktionsprogramm in den Dienst der „Investitionen im Menschen“ gestellt werden kann, und greift ideengeschichtlich bis auf *Bodin* zurück, um die ganze Wegstrecke wissenschaftlicher Fortschritte in der Richtung einer „redistributionspolitischen Humanisierung der Wirtschaft“ nachzuzeichnen. Abschließend behandelt der Autor die statistisch-ökonomischen Verfahrensweisen zur Erfassung und Interpretation der Investitionsaufwendungen und

-effekte im Rahmen der Gesamtrechnung und umreißt die institutionellen Erfordernisse und die normativen Maßstäbe der Verteilung von Lasten und Wohlfahrtsgewinnen.

Ganz offensichtlich kam es dem Verfasser darauf an, nicht nur ein Gesamtbild der volkswirtschaftlichen und soziologischen Lehrmeinungen und Forschungserfahrungen auf diesem Gebiet zu vermitteln, sondern darüber hinaus eine Zwischenbilanz zu ziehen, wie weit bereits staatliche Vorkehrungen zur qualifizierten Substanzerhaltung und -mehrung des Minimumfaktors „menschliches Kapital“ praktisch gediehen sind und welche Aufgaben dieser Art jetzt und künftig in Entwicklungsländern bewältigt werden müssen. Diesen Zielsetzungen wird Ankerls Buch zweifellos gerecht, und der beträchtliche quellenkundliche Aufwand dürfte dazu beitragen, die umfangreiche einschlägige Literatur angelsächsischer Herkunft im französischen Sprachraum bekannter zu machen.

Antonio Montaner, Mainz

Kurt Nemitz und Richard Becker (Hrsg.): *Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik.* (Beiträge zu wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsfragen.) Köln 1967. Bund Verlag. 359 S.

Unsere Gewerkschaften haben sich in solchem Grad darauf verlegt, die öffentliche Meinung und die politischen Parteien für eine Ausweitung der Mitbestimmung (MB) durch gesetzgeberischen Akt zu gewinnen, daß MB im Bewußtsein der Allgemeinheit schlechthin mit gesetzlicher Regelung der Mitbestimmung gleichgesetzt wird. Diese unzutreffende Gleichsetzung führt, wie die Erfahrung lehrt, zu endlosen Mißverständnissen. Was man an Gründen für die MB oder deren Berechtigung vorbringt, wird umgedeutet zu dem Versuch, die Forderung nach deren gesetzlicher Regelung zu begründen; umgekehrt werden gegen die gesetzliche Regelung der MB vorgebrachte Argumente dahin mißverstanden, sie zielten darauf ab, die Berechtigung der MB überhaupt zu bestreiten. Erfahrungen der jüngsten Zeit legen es nahe, hier genau zuzusehen und zu unterscheiden.

Wenn nun hier von gewerkschaftlicher Seite ein Werk zur MB vorgelegt wird, dem man bescheinigen muß, keine billige Propagandaschrift zu sein, sondern in wissenschaftlich ernst zu nehmender Weise an die Dinge heranzugehen, so wird man mit der Frage daran herantreten, wovon denn nun hier die Rede ist: von der MB selbst oder von ihrer gesetzlichen Regelung? Die Antwort lautet: Gegenstand des Werkes ist die in der BRD kraft Gesetzes eingeführte MB, vor allem in der Erscheinungsform der sogenannten qualifizierten (Montan-)MB. Selbstverständlich wird dabei vieles ausgesagt, das unabhängig von der durch Gesetz erfolgten spezifischen Ausformung der MB zutrifft oder gilt; nicht zur Sprache aber kommt die elementare Frage: Ist der Arbeiter grundsätzlich befugt, seine Leistung nur unter der Bedingung zur Verfügung zu stellen, daß ihm ein bestimmtes Maß von Mitwirkung an der Bestellung, Überwachung und Entlastung der Unternehmensleitung eingeräumt wird? Stellt er damit eine berech-

tigte oder eine grundsätzlich unberechtigte, um nicht zu sagen rechtswidrige Forderung? Erst wenn diese Frage in dem für den Arbeiter günstigen Sinn beantwortet ist, kann weiter gefragt werden, ob nicht nur der Einzelne, sondern auch die Arbeitnehmerschaft berechtigt sei, kollektiv Forderungen dieser Art zu stellen und sie gegebenenfalls durch das Mittel des Arbeitskampfes durchzusetzen. Erst an dritter Stelle käme dann die Frage, ob und in welchen Grenzen es dem Gesetzgeber zustehe, sich dieser Frage anzunehmen, sei es, um allenfallsige Hindernisse aus dem Wege zu räumen, sei es, um bestimmte Regelungen zwingend vorzuschreiben. Weiter könnten sich daran Untersuchungen anschließen, welche Art der einzelvertraglichen, gesamtvertraglichen oder gesetzlichen Regelung sich mit Rücksicht auf das Wohl der Nächstbeteiligten und der Allgemeinheit, aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder der Gerechtigkeit u.a.m. vorzugsweise empfehle. Die meisten dieser Fragen werden in dem vorliegenden Werk irgendwo und irgendwie berührt; systematisch aufgegriffen und abgehandelt werden sie wie in anderen Werken so auch hier leider nicht.

Dem angedeuteten Wunschbild am nächsten kommt Teil I „Die gesellschaftspolitische Bedeutung der MB“ (S. 11—115) mit Beiträgen von H. Koch, G. Leminsky, F. Klüber, L. Wiedemann, G. Weisser und O. Blume. Teil II „Wirtschaftspolitische Aspekte der MB“ (S. 119 bis 191) mit Beiträgen von W. Krelle, K. Nemitz, A. Christmann und H.-G. Schachtschabel behandelt Sachprobleme zwar in Anlehnung an die MB, wie sie konkret auf Grund gesetzlicher Regelung in der BRD besteht, aber doch so, daß die meisten Aussagen auch bei andersartiger Regelung in der Hauptsache gültig bleiben. Erst Teil III „Die Großunternehmung unter dem Einfluß der MB“ (S. 195—288) mit Beiträgen von K. Hax, F. Farthmann, G. Sieber, H. Seidel und H. W. Büttner geht, abgesehen von dem letztgenannten Beitrag, auf die spezielle Funktionsweise der qualifizierten (Montan-)MB ein. — Als Anhang ist die Denkschrift des Bundesvorstands DGB „MB — eine Forderung unserer Zeit“ aus dem Jahre 1966 abgedruckt (S. 289—359). — Namens- und Sachverzeichnis fehlen bedauerlicherweise.

Oswald v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt/M.

Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Der Einfluß der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der überseeischen Industrialisierung auf einzelne westdeutsche Gebiete. Hannover 1966. Gebr. Jänecke. XX, 128 S.

Die in dem vorliegenden Band zusammengestellten Beiträge sind auf mehreren Sitzungen des Forschungsausschusses Raum und Gewerbliche Wirtschaft in den Jahren 1963 bis 1965 vorgetragen worden. In dieser Zeit beschäftigte sich der Ausschuß mit der Frage, welche Auswirkungen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Industrialisierung überseeischer Gebiete auf die Wettbewerbslage einiger westdeutscher Wirtschaftsräume hat.

Titel und Inhalt der einzelnen Beiträge lassen leichte Akzentverschiebungen gegenüber dem Generalthema erkennen. So berichten H. R. Hoppe und J. K. Zeidler über die Auswirkungen der EWG und EFTA auf die Häfen und die Industriestruktur Bremens bzw. Hamburgs. W. Vigener unternimmt den anspruchsvollen Versuch, die Auswirkungen der EWG, EFTA und des GATT auf die westdeutsche Industrie am Beispiel Nordhessens darzustellen. R. Brenneisen schildert die Anpassungsprobleme der Wirtschaft im ostbayerischen Grenzraum an die außenwirtschaftliche Entwicklung, während B. Schlechtriemen die Strukturprobleme der Südeifel unter dem Einfluß der EWG aufzeigt. Es folgt ein Beitrag von K. Rudolph über die wirtschaftlichen und sozialen Strukturprobleme des münsterländischen Textilgebietes. Der Band wird abgerundet mit zwei Abhandlungen über die Saar (E. Dietrich: Eingliederungs- und Konjunkturprobleme der Saarindustrie; J. Even: Struktur-, Standort- und Verkehrsfragen der Saarwirtschaft).

Der Titel des vorliegenden Bandes erweckt zunächst die Hoffnung, einige Fragen, die die moderne Integrationstheorie stellt, beantworten zu können. In diesem Sinne wären z. B. die Auswirkungen der EWG als Abbau von bestehenden Diskriminierungen zwischen den Wirtschaftseinheiten der EWG-Staaten zu interpretieren und die dadurch hervorgerufenen Anpassungen der Betriebe an die veränderte Datenkonstellation aufzuzeigen. Wegen des bis heute fehlenden statistischen Materials können die vorliegenden Beiträge Fragen dieser Art jedoch nur in sehr beschränktem Umfang beantworten. E. Egner weist deshalb in seinem Vorwort auf diese Probleme ausdrücklich hin. Zu Recht regt er weitere, ergänzende Untersuchungen an.

Betrachtet man die einzelnen Beiträge weniger als empirische Antworten auf Fragestellungen der Integrationstheorie — wozu der Titel des Bandes verleitet —, sondern mehr — worauf auch Egner hinweist — als Berichte von Experten, die den von ihnen geschilderten Problemen tagtäglich gegenüberstehen, so erweist sich die Lektüre der einzelnen Beiträge als informativ und anregend.

Die Kenntnisse, die dieser Band vermittelt, bilden eine wesentliche Ergänzung zu den in der Regel „nicht räumlich“ gedachten Überlegungen zur allgemeinen Wirtschaftspolitik.

Detlef Marx, Berlin

Konrad Engelmann: Soziologische und psychologische Aspekte des genossenschaftlichen Aufbaues in Entwicklungsländern. Eindrücke und Erfahrungen aus der Genossenschaftsarbeit des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas, ergänzt durch Berichte aus anderen Ländern. Frankfurt a. M. 1966. Deutsche Genossenschaftskasse. 176 S.

Die Deutsche Genossenschaftskasse eröffnet mit dieser Publikation (Band 1 soll demnächst erscheinen) eine Schriftenreihe, die vor allem der „Sachinformation über Stand und Entwicklung der Genossenschaft-

ten im In- und Ausland“, aber auch der Erörterung aktueller genossenschaftlicher Probleme dienen soll. Doch wird grundsätzlich nicht die Erarbeitung neuer Erkenntnisse wissenschaftlicher Art angestrebt, wie dies in der genossenschaftswissenschaftlichen Forschung geschieht; vielmehr sollen die Ausführungen so gehalten sein, „daß sie das Interesse auch von Männern der Praxis und der Politik beanspruchen dürfen“ (S. 3). Zweifellos hat sich damit die Deutsche Genossenschaftskasse eine anerkennenswerte Aufgabe gestellt, für deren Lösung gerade sie mit ihrem engen Bezug zur praktischen genossenschaftlichen Arbeit in Frage kommt, für die sie aber auch deshalb besonders geeignet erscheint, weil ihr die Pflege genossenschaftlicher Literatur von jeher ein spezielles Anliegen gewesen ist.

Welche Art von Publikationen die Deutsche Genossenschaftskasse meint, wird sich sicherlich nicht allein an der Arbeit von Engelmann kennzeichnen lassen. Doch ist von Bedeutung, daß es sich bei den Ausführungen des Verfassers, wie er auch im Titel und Vorwort betont, um die Wiedergabe von Eindrücken und Erfahrungen handelt, die nach bestimmten Gesichtspunkten vorgetragen werden, aber nur gelegentlich Ansätze einer straffen systematischen Auswertung erkennen lassen. Insofern ergibt sich eine bunte Palette aufschlußreicher Aspekte, gestützt und erhärtet durch zahlreiche Beispiele aus den besuchten Ländern oder den herangezogenen Quellen.

Bei den Betrachtungen über die historisch-politischen und wirtschaftlich-sozialen Triebkräfte sowie die Motive, Ziele und Hemmungen des genossenschaftlichen Aufbaues in den Entwicklungsländern (vgl. S. 13 ff. u. S. 35 ff.) wertet der Verfasser die Schwierigkeiten der Überwindung des Kolonialismus und des damit verbundenen Mißtrauens als negative Erscheinungen. Positiv beurteilt er den Nationalismus, verbunden mit dem Kampf gegen „Ausbeutung“, als deren Instrumente allerdings meist die Einrichtungen der früheren Kolonialverwaltung angesehen werden — darunter nicht selten auch die Genossenschaften (vgl. bes. S. 22 ff.). Jedoch werden Genossenschaften durchaus für die wirtschaftliche Entwicklung eingesetzt, wobei aber die Gefahr der Vermischung staatspolitischer und genossenschaftlicher Motive und Zielsetzungen bestehe (vgl. S. 38 ff. u. S. 45), abgesehen davon, daß es auch Umwandlungen von Genossenschaften in andere Gebilde gebe (vgl. S. 53 ff.).

Zu den genossenschaftlichen Arten wird bemerkt, daß infolge der agraren Struktur in fast allen Entwicklungsländern das gewerbliche Genossenschaftswesen relativ zurückgeblieben sei; ähnliches gelte für das Konsumgenossenschaftswesen (vgl. S. 66). Ausführlich wird die Frage der genossenschaftlich-kollektiven Produktion an Hand vorliegender Stellungnahmen skizziert (vgl. S. 71 ff.), ergänzt durch eine knappe Betrachtung über Produktivgenossenschaften außerhalb der Landwirtschaft (vgl. S. 79 ff.). Für die Kreditgenossenschaften wird auf die Credit Union National Organization (CUNA) verwiesen (vgl. S. 83 ff.), ferner auf die Bedeutung des Agrarkredits sowie auf spezi-

fische Krediteinrichtungen. Das Bild wird abgerundet durch Ausführungen über Formen und Methoden der genossenschaftlichen Erziehung (vgl. S. 129) sowie über die Koordinierung der genossenschaftlichen Entwicklungshilfe (vgl. S. 153 ff.), wobei hervorgehoben wird, daß die mangelnde Koordinierung durchaus die genossenschaftliche Aufbauarbeit in den Entwicklungsländern zu schwächen vermag.

Mit wissenschaftlichen Maßstäben darf die vorliegende Veröffentlichung nicht gemessen werden — das wollen weder die Herausgeberin noch der Verfasser. Doch handelt es sich zweifellos um ein Buch, das zwar in erster Linie den Praktiker ansprechen, vermutlich aber auch den Wissenschaftler anregen wird, aus der Fülle des dargebotenen Stoffes auf allgemeingültige Erkenntnisse zu dringen. Aus dieser Sicht gesehen verdient die Publikation Aufmerksamkeit.

Hans G. Schachtschabel, Mannheim

Theodor Hanf und *Wolfram Gabriel* (Bearb.): *Bildungsplanung in Entwicklungsländern*. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 68 S.

Nachdem in dem 1. Band der Schriften die „Grundfragen der Entwicklungsplanung“ eingehend behandelt worden sind [vgl. Schm. Jb. 86. Jg. (1966) S. 248 ff.], wird in dem vorliegenden 3. Band des Problem der Bildungsplanung erörtert, entsprechend den Ergebnissen der Tagung vom 1. bis 6. Juli 1963 in Berlin, die unter der Leitung von Friedrich *Edding* stand und zweifellos zu fruchtbaren Ergebnissen geführt hat (vgl. Vorwort S. 5). An dieser Tagung haben Wissenschaftler und hohe Regierungsbeamte europäischer, amerikanischer und afro-asiatischer Länder sowie Vertreter internationaler Organisationen teilgenommen.

Das Tagungsprogramm stellt sich in vier Themen dar: 1. Planen und Programmieren auf dem Gebiet des Erziehungswesens, 2. Die erzieherische und sozio-ökonomische Rolle der Schule, 3. Kostenanalyse in der Erziehungsplanung, 4. Internationale Hilfe. Diesen Themen folgen dann im „Anhang“ die Empfehlungen der Tagungsteilnehmer für künftige Forschungsvorhaben. Hier wird auch noch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unter „Erziehung“ sowohl Bildung wie auch Ausbildung verstanden werden soll und daß „Planung“ nicht ein System von Befehlen — gegen den Willen ihrer Empfänger —, sondern einen Vergleich von Zielen und Möglichkeiten sowie die Schlußfolgerungen daraus bedeutet (S. 11/12). Sehr am Platze ist auch der Hinweis, daß „das Erziehungswesen die Hauptquelle der Produktivität der Arbeitskraft darstellt“, die ja ihrerseits allein „drei Viertel des nationalen ‚output‘ ausmacht“ (S. 15). Dabei haben bisher „nur wenige Länder den entscheidenden Akzent auf den zukünftigen Beitrag eines Kindes zum wirtschaftlichen Leben gelegt“ (S. 17). Im Zusammenhang damit ist auch die Rolle der Verwaltung in der Erziehungsplanung von besonderer Bedeutung und wird deshalb auf S. 24 ff. ausgiebiger behandelt. Wichtig sind hierbei auch Ratschläge zur Berechnung des künftigen Bedarfs an Arbeitskräften

(S. 29 ff.). Hinsichtlich der Schulausbildung wird gerade von einem maßgebenden Beamten Nigerias die Bedeutung einer „ausgewogenen und gut proportionierten Erziehungspyramide“ hervorgehoben (S. 37). Auch die notwendige Gestaltung des Lehrpersonals und die Erwachsenenbildung erweisen sich als recht schwierige Fragen. Die Kostenanalyse spielt deshalb eine besonders wichtige Rolle, weil „in den meisten Entwicklungsländern der Anteil der Kinder im schulfähigen Alter im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung ungewöhnlich hoch ist“ (S. 46) und bestimmt mindestens ein Viertel ausmacht. Hierbei werden interessante statistische Daten über die öffentlichen Aufwendungen für die Erziehung in Prozenten des Volkseinkommens wiedergegeben (S. 47). Die Entwicklungsländer bedürfen hierbei zweifellos noch auf längere Zeit internationaler Hilfe!

Da die eigentlichen Referate dieser Tagung (auch diejenigen der deutschen Redner) nur in englischer oder französischer Sprache vorliegen (erhältlich bei der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer in Bonn, Blücherstr. 16), ist es um so mehr zu begrüßen, daß die Ergebnisse in der hier besprochenen Schrift auch einem weiteren deutschen Publikum zugänglich gemacht werden konnten. Das Interesse an dem Zustand und an der Zukunft der „Entwicklungsländer“ ist doch auch gerade in Deutschland so groß, daß auf ihre Probleme gar nicht genug hingewiesen werden kann. Peter Quante, Kiel

Léonard Rist: Die Weltbank vor einigen neuen Aspekten der Entwicklungsprobleme. Kiel 1965. Institut für Weltwirtschaft, 19 S.

Die Broschüre stellt den Abdruck eines Vortrages dar, den Léonard Rist, Sonderberater des Präsidenten der Weltbank, am 25. Mai 1965 im Wirtschaftswissenschaftlichen Club am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel gehalten hat. Rist gibt in der Ausarbeitung einen kurzen Abriß über den Wandel in der allgemeinen Entwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten und über die zunehmende Kompliziertheit der Entwicklungsprobleme, der sich auch die Weltbank ausgesetzt fühlt und der es sich anzupassen gilt. Als besondere Anpassungsmaßnahmen der Weltbank nennt er die Gründung der International Finance Corporation (IFC) im Jahre 1956 und der International Development Association (IDA) im Jahre 1960 sowie die Ausarbeitung des Entwurfs einer internationalen Konvention über Schlichtungs- und Schiedsgerichtsverfahren bei Streitigkeiten zwischen einem Land und den auf seinem Staatsgebiet niedergelassenen ausländischen Privatgesellschaften. Ferner weist Rist darauf hin, daß die Weltbank in den letzten Jahren laufend ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der technischen Hilfeleistungen ausgeweitet habe. Gegenwärtig werde fast ein Viertel der Haushaltsmittel für diesen Sektor ausgegeben. — Der Autor erläutert weiterhin, aus welchem Grunde die Weltbank und die „IDA“ in zunehmendem Maße Projekte in der Landwirtschaft und im Bildungswesen durchführen. —

Abschließend legt Rist die wachsenden Bemühungen der Weltbank dar, die vielen Maßnahmen der verschiedenen nationalen und internationalen Stellen, die Entwicklungshilfe gewähren, zu koordinieren.

Die Schrift dürfte für jeden interessant sein, der sich in knapper Form über die jüngeren Anpassungsmaßnahmen der Weltbank an die sich gewandelten entwicklungspolitischen Erfordernisse orientieren möchte. Da sich aus der Themenformulierung allerdings auch ein anderer Inhalt interpretieren läßt, sei darauf hingewiesen, daß der Autor im wesentlichen davon abgesehen hat, neue Aspekte der Entwicklungsprobleme, denen sich die Weltbank gegenwärtig gegenübergestellt sieht, darzulegen, die bisher zu keinen praktischen Maßnahmen geführt haben.

Horst Dumke, Bonn

Shankarier Subramaniam: Die Wirtschaftsentwicklung Indiens 1951 bis 1961. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 161 S.

Der Verf. untersucht eingehend und recht kritisch die Ergebnisse des ersten Jahrzehnts geplanter Wirtschaftsentwicklung. Er behandelt alle hierbei relevanten Aspekte, aufgliedert in fünf Buchabschnitte: den theoretischen Unterbau der indischen Planung, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowie das gesamtwirtschaftliche, sektorale und regionale Wirtschaftswachstum in dem genannten Zeitraum.

Besonders kritisch setzt sich der Verf. mit den Schwächen des Vier-Sektoren-Modells auseinander, das dem zweiten Fünf-Jahres-Plan zugrunde lag. Obgleich sich hier dem Leser auf Grund der zahlreichen Fehleinschätzungen bei der indischen Planung die Frage aufdrängt, inwieweit ein theoretisches Modell überhaupt Grundlage für wirtschaftspolitische Entscheidungen sein kann, kommt der Verf. zu dem Ergebnis, dieses Modell habe seinen Zweck als theoretische Grundlage für Indiens Planung erfüllt. Das von der indischen Planungskommission angewandte Modell sei nicht „unlogisch“, lediglich ihre Schätzungen seien nicht realistisch genug gewesen und die Zielsetzungen seien auf nicht ausreichenden statistischen Grundlagen konstruiert worden. Daraus muß sich jedoch die Schlußfolgerung ergeben, daß das theoretische Modell im luftleeren Raum schwebte und in der Praxis nicht durchzusetzen war. Der Verf. erkennt zwar an, daß der menschliche Faktor ein Schlüsselproblem bei der Erreichung einer höheren nationalen Wachstumsrate darstellt. Dieser Faktor aber dürfte sich in besonderem Maße einer Einbeziehung in volkswirtschaftliche Modelle entziehen.

Wenn auch nach Meinung des Verf. während der ersten Jahrzehnte geplanter wirtschaftlicher Entwicklung bedeutende Fortschritte gegenüber der stationären Wirtschaft in der Zeit von 1931 bis 1951 erreicht worden seien, sei dennoch Indien angesichts der Bevölkerungsexplosion und der bitteren Armut bei weitem noch nicht in der Lage, aus eigener Kraft eine merkbare Erhöhung des Lebensstandards herbeizuführen. Dies könne nur durch die Inanspruchnahme ausländischer Mittel erreicht werden. Das Hauptproblem der wirtschaftlichen

Entwicklung ist nach Meinung des Verf. die Landwirtschaft, die ein Leitsektor werden müsse; die Industrie dürfe nicht, wie es die Planung bisher vorsah, einseitig bevorzugt werden. Im übrigen dürfte die Bemerkung des Verf. von Interesse sein, daß die westlichen Länder besser daran täten, mit den Nahrungsmitteln gleichzeitig Düngemittel, Saatgut und Schädlingsbekämpfungsmittel nach Indien zu liefern.

Bei der Erörterung der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung unterstrich der Autor die Notwendigkeit, daß die Entwicklungspolitik an den natürlichen Gegebenheiten der einzelnen indischen Staaten anknüpfen müsse. Die Ergebnisse einer forcierten Industriepolitik in vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Staaten hätten in der Regel die Erwartungen nicht erfüllt.

Wenn auch die ex post-Betrachtung zeigt, daß die gesteckten Planziele nicht erreicht wurden und daß erhebliche Fehler in der Planungsmethode begangen wurden, so spricht dies nach Ansicht des Verf. nicht gegen die Entwicklungsplanung schlechthin.

Horst Dumke, Bonn

Peter von Blanckenburg: Afrikanische Bauernwirtschaften auf dem Weg in eine moderne Landwirtschaft. Frankfurt/M. 1965. DLG-Verlag. 112 S.

Die beiden Studien sind das Ergebnis von Forschungsarbeiten, die der Verfasser 1961/62 im Auftrag der UNESCO am Nigerian Institute of Social and Economic Research der Universität Ibadan (Nigeria) durchführte.

Die erste Studie schildert die bäuerliche Gummiwirtschaft in vier Dörfern des Benin-Gebiets. Dabei lag die Hypothese zugrunde, daß die Verkehrslage eine entscheidende Rolle bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung spielt und daß ein Dorf in unmittelbarer Nähe einer großen Stadt oder von Hauptverbindungswegen größere Fortschritte macht als ein entlegenerer Ort. In ausgezeichneter und knapper Form gelingt es dem Autor zu zeigen, daß diese Hypothese in vielerlei Hinsicht bestätigt wird: Der Einfluß der modernen politischen Parteien auf Dorfverwaltung und dörfliche Gruppenbildung, die Tendenz zur Individualisierung der Kernfamilie als Arbeits- und Wirtschaftseinheit, die Änderung des Konsumstandards und sein Einfluß auf das wirtschaftliche Verhalten, die Individualisierung und Mobilisierung des Bodens, der Übergang von der Subsistenz- zur marktverbundenen Wirtschaftsweise sind in den Dörfern mit günstiger Verkehrslage sehr viel stärker bemerkbar als in den entlegenen. Gleichzeitig zeigt v. Blanckenburg aber auch, daß die Verkehrsgunst zwar ein wichtiger Faktor, aber kein Allheilmittel ist, um den sozialen und wirtschaftlichen Wandel in ländlichen Gebieten auszulösen: Die Einstellung zur Kindererziehung und zur Größe der Familie als Wohneinheit erwies sich in allen untersuchten Dörfern als gleich.

Die zweite Studie befaßt sich mit der geglückten Einführung einer neuen Kultur, des Reises, im Ibogebiet Ostnigerias. Interessant ist dabei die Feststellung des Verfassers, daß im wirtschaftlichen und emotionalen Bereich eine fast völlige Trennung zwischen der traditionellen Nahrungsfrucht Yam und der neuen Frucht Reis besteht, obwohl beide die gleichen Marktchancen und Gewinnmöglichkeiten bieten: Nur der Reis, der „additiv“ zur traditionellen Nahrung angebaut wird, ist voll kommerzialisiert und wird fast zur Gänze verkauft.

Das zentrale Problem beider Studien ist der landwirtschaftliche Modernisierungsprozeß, und es gelingt dem Verfasser, eine ganze Reihe von Faktoren aufzuzeigen, die bei diesen beiden historischen Beispielen den landwirtschaftlichen Innovationsprozeß in Gang brachten und aufrechterhielten und die vielleicht geeignet wären, auch bei zukünftigen Agrarprojekten Anwendung zu finden. Und hier — im Aufzeigen möglicher wirksamer Entwicklungsinstrumente — liegt das Hauptverdienst der vorliegenden Arbeit, und jede derartige empirische Studie kann man nur begrüßen; denn nur auf der Basis solcher Arbeiten wird es einmal gelingen, eine befriedigende Theorie des sozialen und wirtschaftlichen Wandels zu finden.

Die Qualität der Fotos läßt leider sehr zu wünschen übrig — sie leiden unter einem zu starken Schwarz-Weiß-Kontrast, während kaum Grautöne vorhanden sind. Bei einer Neuauflage sollte man darauf achten, daß auf S. 8 Zeile 22 v. o. ergänzt wird (jetzt ist es eine Wiederholung von Zeile 17 v. o.) und daß Fußnote 12 noch auf S. 15 stehen müßte.

Gerhard Lindauer, Stuttgart

Artur Kutzelnigg: Die Zigarette als Modellfall der Wirtschaftlichen Warenlehre. Frankfurt/M. 1962. Franz Nowack. 72 S.

Dieser Schrift von Kutzelnigg, der — in stark erweitertem Umfang — dessen Anfang 1962 in Köln gehaltene Einführungsvorlesung zugrunde liegt, wohnt grundsätzlicher Charakter inne. In ihr geht es vornehmlich darum, „an Hand des Modellfalles Zigarette“ zu versuchen, „die Konzeption der Wirtschaftlichen Warenlehre zu erläutern“. Die Aufgabe der Wirtschaftlichen Warenlehre als neuer Teildisziplin der Wirtschaftswissenschaften umschreibt der Verfasser mit den Worten: „Die Wirtschaftliche Warenlehre befaßt sich mit den Naturprodukten und den technischen Erzeugnissen, die als Waren Bedürfnisse befriedigen, und behandelt sie auf naturwissenschaftlicher Grundlage, aber von wirtschaftlichen Gesichtspunkten und besonders vom Standpunkt des Verbrauchers aus.“

Zur Demonstration seiner Konzeption der Wirtschaftlichen Warenlehre und ihrer Methodik beschreitet der Verfasser anhand des Modellfalles „Zigarette“ den folgenden Weg, von dem er aussagt, daß dieser sich „leicht auf jede beliebige andere Ware übertragen“ lasse: 1. Naturwissenschaftlich-technische Betrachtungen (Form und Gestalt; Stoffliche Eigenschaften; Gewinnung und Fertigung), 2. Die Zigarette

als Handelsgegenstand (Wirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Gewinnung und Fertigung; Verpackung, Lagerung und Distribution; Die Zigarette im Wettbewerb; Der Gebrauchswert der Zigarette; Ausschuß und Abfälle), 3. Die Prüfung der Zigaretten, 4. Staatliche und zwischenstaatliche Regelungen (Klassifikation; Besteuerung und Monopol; Schutz des Verbrauchers; Bewirtschaftung), 5. Entwicklungstendenzen.

Wegen der teilweise doch recht schwierigen Terminologie, die in diesem „Modellfall“ Verwendung findet, kann man die sich aus der obigen Umschreibung der Aufgabe der Wirtschaftlichen Warenlehre ergebende Ansicht des Verfassers, daß hier auch bereits eine geeignete Form der Verbraucheraufklärung vorliege, nicht ganz teilen. Dazu wird es noch mancher Vereinfachungen bedürfen. Auf jeden Fall aber ist mit dieser Arbeit von Kutzelnigg ein entscheidender Schritt dazu getan worden, auf seiten der Endnachfrage das so notwendige warenkundliche Wissen frei von jedem ideologischen Beigeschmack, der leider so häufig verbraucheraufklärerischen Bemühungen anhaftet, erhöhen zu helfen.

Olaf Triebenstein, Berlin

Albert Schmitz: Der Einfluß der Nordwanderung des Ruhrkohlenbergbaus auf die industrielle Standortstruktur und den Wasserstraßenverkehr. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 235 S.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Feststellung Schmitz', daß, wenn überhaupt weiterhin Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert werden soll, eine Ausbreitung des Abbaus nach Norden aus geologischen Gründen nötig ist (S. 10). Diese These wird nun durch die Darstellung der historischen Entwicklung und die Abschätzung der zukünftigen Nordwanderung zu erhärten gesucht. Letzteres geschieht, indem durch Befragen der Zehengesellschaften die Planungen bezüglich der Abteufung neuer Schachtanlagen ermittelt werden. Weiterhin versucht der Verfasser eigene Schätzungen, die sich auf die nicht beplanten Grubenfelder beziehen. So kommt der Verfasser zu 36 zukünftig im Untersuchungsraum zu errichtenden Zechen mit einer Gesamtförderung von 94 Mill. Jahrestonnen. Von diesen 36 Zechen sind erst zwei errichtet, 20 konkret geplant und 14 geschätzt (S. 25). Ob diese Planungen und Schätzungen Wirklichkeit werden, hängt in erster Linie von der Entwicklung auf dem Energiesektor ab. Die Aussage, „daß . . . die restlichen Vorräte abgebaut werden, soweit sie eine Förderung erlauben oder lohnend erscheinen lassen“ (S. 22/23), ist eine Selbstverständlichkeit, wobei es wohl weniger auf die Fördermöglichkeit als auf „lohnend“ ankommt.

An Hand der ermittelten Neuerrichtung von Zechen schätzt Schmitz die benötigten Einsatzstoffe und die zukünftig zur Verfügung stehenden Bergbauerzeugnisse ab. Grundlage sind eingehende Überlegungen bezüglich der zukünftigen Zechenproduktionsstruktur. Dabei wird der zeheneigenen Kohlenwertstoffindustrie wenig Beachtung geschenkt, da hierfür keine Planungen vorliegen (S. 39). Das erscheint

unverständlich, da andererseits in Veröffentlichungen des Ruhrbergbaus nachdrücklich auf Anstrengungen gerade auf diesem Gebiet hingewiesen wird.

Im Hauptteil der Untersuchung zeigt der Verfasser, daß die bereits entwickelten Standorttheorien und ökonomischen Methoden keinen befriedigenden Weg zur Lösung des gestellten Problems aufzeigen. Als Ausweg wird die Möglichkeit einer „Abschätzung der zukünftigen ökonomischen Beziehungen des Steinkohlenbergbaus mit der übrigen Industrie, aus deren Intensität Rückschlüsse auf die Attraktionskraft von Steinkohlenzechen auf die Standorte dieser Industriezweige gezogen werden können“, verfolgt (S. 64). Als möglichen positiven Standorteinfluß untersucht Schmitz zunächst den bergbaulichen Input. Das Hauptaugenmerk richtet er aber auf die Darstellung der Standorteinflüsse des bergbaulichen Outputs. Es werden eingehend die Entwicklung des Steinkohlenenergieverbrauchs seit 1950 und die Gründe dafür dargelegt. Auf diese detaillierte Darstellung baut die Prognose der zukünftigen Entwicklung des Steinkohlenverbrauchs auf. Die sehr sorgfältig und gründlich angelegte Untersuchung kommt — gestützt auf umfangreiches statistisches Material — zu dem Schluß, daß die Nordwanderung nur einen geringen Einfluß auf die industrielle Standortstruktur haben wird. Das gilt sowohl für die Steinkohle als Energieträger als auch als Rohstoff. Dem Ergebnis stehen auch Transportkostenüberlegungen nicht entgegen, wie anschaulich dargelegt wird. Im Gegenteil wird der nur schwach positive Einfluß auf den Standort noch durch die Grundstückspolitik der Zechengesellschaften und die Ausschöpfung der männlichen Arbeitskraftreserven durch den Bergbau noch weiter abgeschwächt.

Im abschließenden Teil der Arbeit werden die Auswirkungen der Nordwanderung auf den Wasserstraßenverkehr untersucht. Auch hier ist wieder das sehr gründliche Vorgehen des Verfassers hervorzuheben. Als Ergebnis zeichnet sich unter den gemachten Voraussetzungen ab, „daß eine vergleichsweise stärkere Belastung der untersuchten Kanäle durch den Steinkohlen- und Steinkohlenkoksabsatz der Zechen zu erwarten“ ist (S. 174).

Die Arbeit zeichnet sich durch ihren klaren Aufbau und die eingehende Behandlung des Untersuchungsgegenstandes aus, so daß kleinere Mängel, wie einige Druckfehler (S. 44, 54) und die kommentarlose Bezeichnung von Grund- und Gewerbesteuer als direkte Steuern (S. 117), unerheblich sind. Trotz der speziellen Ausrichtung auf Standort- und Wasserstraßenverkehrsfragen ist die Untersuchung auch bestens geeignet, einen tiefen Einblick in die Probleme des Ruhrbergbaus zu gewähren.

Dieter Stilz, Berlin

Erwin Kreyszig: Statistische Methoden und ihre Anwendungen. Göttingen 1966. Vandenhoeck & Ruprecht. 422 S.

Dieses Lehrbuch konnte im zweiten Jahr nach Erscheinen in zweiter Auflage nachgedruckt werden. Dieser ungewöhnliche Erfolg ist wohl

nicht zuletzt auf den rühmenden Chorus der Rezensenten zurückzuführen. Tatsächlich bietet das Werk eine der wenigen Möglichkeiten, sich in deutscher Sprache gründlich über die logischen Fundamente der mathematischen Statistik zu unterrichten und die Entwicklung statistischer Schlußmethoden gedanklich nachzuvollziehen. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß die begeisterten Buchbesprechungen durchweg von Lesern geschrieben wurden, die im Umgang mit der modernen Mathematik trainiert sind, seien sie nun als Ingenieure Führungskräfte der Fertigungstechnik und Qualitätskontrolle oder als Ökonomen und Soziologen Chefs von Rechenzentren oder als Wissenschaftler Dozenten der Ökonometrie oder der mathematisch-naturwissenschaftlichen Statistik. Ihnen allen sind die Gedankengänge des Autors vertraut, und sie delectieren sich förmlich daran, daß die Darlegungen auf hohem methodischem Niveau stehen, obgleich „nicht wesentlich mehr als das Verständnis der Differential- und Integralrechnung vorausgesetzt“ würde.

Besonderes Lob erhält Kreyszigs Buch in allen diesen Rezensionen wegen der von didaktischen Überlegungen bestimmten Anlage; offensichtlich bietet es dem mathematisch geschulten Verstand die bestmögliche Information über die Anwendung wahrscheinlichkeitstheoretischer Instrumente in der Statistik.

Gilt solches Lob nun auch, wenn das Buch den Studenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als deutschsprachige Einführung in die „Wahrscheinlichkeitstheorie“ empfohlen werden soll? Kann es sich (immer unter dem Gesichtspunkt der Verwendbarkeit als *Einführung* in die Grundlagen statistischer Schlußweisen) mit einem „text book“ messen, wie es z. B. T. Yamane 1964 als „Introductory Analysis“ publizierte, oder mit den Lehrbüchern wie „Introduction to Mathematical Statistics“ von Paul G. Hoel (3. Aufl. New York, London 1962) oder „Statistische Methoden“ von Arthur Linder (4., unv. Aufl. Basel 1964)? Die Frage stellen, heißt hier zumindest: Zweifel anmelden! Einige Hinweise müssen hier genügen, diesen Zweifel zu rechtfertigen — vor dem Autor und vor seiner großen Anhängerschaft.

1. Es sollte nicht vorkommen, daß ein Autor die mathematischen Fragen der Statistik so stark überbewertet, wie es hier geschieht. Da wird z. B. im Zusammenhang mit der Erörterung der Klassenbildung (Abschnitt 6) nicht einmal erwähnt, daß es einen Unterschied zwischen Schwellenwert und Klassengrenze gibt und daß man in der Wirtschafts- und Sozialstatistik häufig genug Schwellenwerte an die nächste Klassengrenze verschiebt (... bis unter ...). Wie soll sich der Wirtschaftsstatistiker verhalten, angesichts einer uneingeschränkt vorgetragenen Regel: „Die Klassenintervalle wählt man gleich lang“?

2. Wie wird es gerechtfertigt, daß unter den „Maßzahlen der Verteilung“ (Kap. 6, S. 85 ff.) ausschließlich das arithmetische Mittel und die Varianz behandelt werden? Zugegeben, daß die urteilende Statistik im allgemeinen mit Zentralwert und Quantilen nicht viel anfängt: Brauchen wir diese Parameter aber nicht für die Schiefemaße? Die Beharrung auf dem 1. und 2. Moment führt dann zu dem (an-

fechtbaren) lapidaren Satz: „*Statt Mittelwert* sagt man auch mathematischer Erwartungswert von X oder kurz Erwartung von X ...“

3. Der Wirtschaftsstatistiker reagiert befremdet darauf, wie das Problem des systematischen Fehlers behandelt ist (Kap. 119, S. 235 f.). Da erscheinen dem Autor eine Ungenauigkeit in der zweiten Dezimalstelle als „grober“ Fehler und eine konstante Verfälschung von Meßergebnissen um 0,5 ‰ als „kaum erträglicher“ Fehler. Ja, weiß er denn nicht, daß in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften selbst die Einer, Zehner, ja unter Umständen sogar die Hunderter nicht fehlerfrei zu ermitteln sind?

Müßte außerdem nicht vor der Behandlung der Fehlerfortpflanzung das Thema „Fehlerkontrolle“ abgehandelt werden? Und genügt es, den Fall der *Addition* relativer Fehler (Gaußsches Fehlerfortpflanzungsgesetz) darzustellen?

4. Gibt es nicht auch bei der Zeitreihenanalyse und bei der Berechnung durchlaufender Indexreihen Probleme mathematischer Art?

Zugegeben, die Entwicklung der statistischen Schlußweisen ist in großer Ausführlichkeit dargelegt, und die formale Argumentation ist für denjenigen, der sich bereits einige Kenntnis der Zusammenhänge erarbeitet hat, eine große Hilfe. Zugegeben, daß der Autor bewußt die Mitarbeit des Lesers aktiviert: Nicht nur stellt er am Ende eines jeden Abschnitts Aufgaben, für welche ab S. 353 die Hälfte aller Lösungen nachgeschlagen werden kann; der Student wird auch aufgefordert, einige Beweise selbst zu führen, die zu einer mathematischen Fundierung der Ableitungen wünschenswert wären und im Text in dieser didaktischen Absicht ausgespart sind. Zugegeben schließlich, daß ein Lehrbuch schwerlich zugleich für Techniker, Mediziner, Demographen und Ökonomen gleichermaßen hilfreich sein kann. — Wer sich zu den Letztgenannten zählt, wird aber mit diesem Lehrbuch *allein* den Zugang zur Testtheorie und zur Regressionsanalyse kaum finden.

Wohl aber wird jedem Statistiker, der sich sein mathematisches Instrumentarium für die statistischen Forschungsmethoden anderwärts erarbeitet hat, das Werk Kreyszigs als Handbuch willkommene Hilfe bieten: nicht allein mit der exakten Ableitung und Darbietung aller wichtigen Formeln, sondern noch mehr mit der Fülle von Aufgaben und interessanten Beispielen, die aus der Lösung praktischer Probleme zusammengestellt sind.

Für eine weitere Neuauflage sollte erwogen werden, die in Anlage 4 (bisher 15 Seiten) gebrachte Gegenüberstellung deutscher und englischer Fachausdrücke, die den Zugang zur englischen Fachliteratur erleichtern soll, in vollem Umfang aus dem „*Dictionary of Statistical Terms*“ (London 1957) von M. G. Kendall - W. R. Buckland (62 Seiten) zu übernehmen. Oder sollte man ganz auf *diese* Arbeitshilfe verzichten und statt dessen die Benutzung der Zahlentafeln im Anhang 5 an noch weiteren Beispielen vorführen?

Ingeborg Esenwein-Rothe, Erlangen-Nürnberg

Alois Nienaber: Neue landwirtschaftliche Unternehmenstypen in der Bundesrepublik. Ein Vorschlag zur Lösung agrarpolitischer Probleme in Marktwirtschaften. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 323 S.

Nienabers Arbeit ist ein wichtiger Beitrag zur Theorie und Politik der landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, in dem aktuelle Fragen der Agrar- und Sozialpolitik, der landwirtschaftlichen Betriebslehre, des Gesellschaftsrechts und der Genossenschaftslehre aufgegriffen und wissenschaftlich analysiert werden.

Im ersten Teil der Studie bringt der Verfasser die Daten der landwirtschaftlichen Produktion. Er beschreibt die Struktur-, Produktivitäts- und Einkommensverhältnisse sowie die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft und die bisherigen agrarpolitischen Förderungsmaßnahmen. Dieser Teil ist sowohl im Aufbau als auch im Inhalt eine hervorragende Charakteristik der westdeutschen Landwirtschaft und ihrer Probleme. Es ist äußerst selten, daß einem jungen Volks- oder Betriebswirt schon mit seiner ersten Arbeit eine so vollkommene, nahezu lehrbuchreife Darstellung der agrarpolitischen Problematik gelingt.

Im zweiten Teil entwickelt der Verfasser die Möglichkeiten für eine Neuorientierung der Agrarpolitik. Er beschreibt zwei Alternativen, und zwar die Förderung der größeren Einfamilienbetriebe und die der Mehrfamilienbetriebe. Er hält eine völlige Umstellung der bisherigen Agrarpolitik für notwendig und schlägt als agrarpolitische Lösung Mehrfamilienbetriebe vor, d. h. eine starke Vergenossenschaftung der Landwirtschaft. Der größere Familienbetrieb hat nach Nienaber kaum „die Chance, als Massenzug eingeführt zu werden, um dadurch die derzeitigen Agrarprobleme zu beheben“ (S. 166).

Nach Ansicht des Rezensenten ist die bisherige Verbesserung der Agrarstruktur keineswegs so unbedeutend gewesen, daß eine völlige Neuordnung der Agrarpolitik notwendig wäre. Der Arbeitskräftebesatz verminderte sich in der westdeutschen Landwirtschaft von 1950 bis 1962 um mehr als 40 v.H. 460 000 landwirtschaftliche Betriebe in der Größe von 0,5—12 ha wurden von 1949 bis 1963 aufgelöst. Die Arbeitsproduktivität stieg bei den in der Landwirtschaft Beschäftigten von Jahr zu Jahr um über 7 v.H. und damit stärker als bei den in der übrigen Wirtschaft Beschäftigten. Es ist nicht einzusehen, daß die Schaffung von Mehrfamilienbetrieben unbedingt eine schnellere Produktivitäts- und Einkommenssteigerung in der Landwirtschaft mit sich bringen muß.

Der von Nienaber vorgeschlagene Mehrfamilienbetrieb in einer Größe von 60—90 ha, der mit einem Arbeitskräftebesatz von 5—9 Voll-AK bewirtschaftet werden sollte, wirft neben den vom Verfasser aufgezeigten noch weitere Probleme auf. Vor allen Dingen wird es schwierig sein, diesen Mehrfamilienbetrieb zu leiten. Darüber hinaus sollte der Verfasser bedenken, daß der Gewinn des Betriebes nicht mehr einer, sondern mehreren Familien zufällt und daß dadurch die Eigeninitiative gelähmt würde. Damit entfällt ein ganz wichtiger Vor-

teil, dem die westliche Welt heute nicht zuletzt die große und leistungsfähige Agrarproduktion verdankt.

Aber auch wenn man der von Nienaber aufgezeigten Alternative der starken Vergenossenschaftung nicht folgen kann und die bisherige Veränderung der Agrarstruktur wohlwollender beurteilt, so bleibt auf jeden Fall die Achtung vor dieser eleganten wissenschaftlichen Leistung unangetastet.

Hans Stamer, Kiel

Heinz Bergner: Versuch einer Filmwirtschaftslehre. Berlin 1966. Duncker & Humblot. 260 S.

Nach dem vor vier Jahren erschienenen Band I/I wird jetzt ein Fortsetzungsband I/II der Schriftenreihe „Versuch einer Filmwirtschaftslehre“ aus dem Industrieseminar der Universität zu Köln vorgelegt. Während Bergner im ersten Band das betriebswirtschaftlich-theoretische Fundament der Reihe legt, indem er aus grundsätzlicher Sicht End- und Zwischenerzeugnisse der Filmwirtschaft klassifiziert und die Funktionen der filmwirtschaftlichen Sparten definiert, behandelt er im zweiten Band die Betriebe der Filmproduktion und die Kosten dieser Betriebe. Dabei liegt das Hauptgewicht der Untersuchung auf dem Umfang der Betriebsbereitschaft und der Problematik der Bereitschaftskosten.

Im ersten Teil der Arbeit werden die für die Produktion von Filmen einzusetzenden personellen und sachlichen Produktionsfaktoren und ihre Kombination zur Leistungserstellung nach Betrieben geordnet dargestellt und die Einzelfaktoren der Betriebsbereitschaft bestimmt. Die vom Verfasser gewählte Ordnung der Betriebe nimmt jedoch keine Rücksicht auf in der Praxis übliche Betriebseinteilungen, sondern lehnt sich an die bereits im ersten Band erläuterten filmwirtschaftlichen Produktionssphären an. Danach unterscheidet Bergner zwischen den Spielbetrieben (Funktion: Produktion der Inszenierung und der Primärvorstellung), die einen künstlerischen und technischen Betrieb umfassen, und den Primäraufzeichnungsbetrieben (Funktion: Produktion der Primäraufzeichnungsträger), die aus einem Bild- und Tonbetrieb bestehen. Diese theoretische Betriebseinteilung muß, wie auch Bergner zugibt, problematisch bleiben, da künstlerische und technische Leistungen in den Spielbetrieben nicht klar zu trennen sind und auch in den Primäraufzeichnungsbetrieben sowohl künstlerische und technische Aufgaben erfüllt werden müssen.

Im zweiten Teil der Studie werden die Kosten der Filmproduktionsbetriebe einer umfassenden Analyse unterzogen, wobei Bergner eine ständige Betriebsbereitschaft der im ersten Teil beschriebenen Betriebe unterstellt. Dabei ergibt sich, daß die Bereitschaftskosten sowohl der personellen Produktionskräfte als auch der sachlichen Produktionsmittel überwiegend fix, also unabhängig vom Produktionsumfang sind und daß proportionale Kosten nur in geringem Maße anfallen.

Die tieferen Ursachen des großen Fixkostenanteils der Produktionsbereitschaft sieht der Verfasser in der Vielfalt der Produktionsumwege, die durch die Aufzeichnung der Spielhandlung und Verarbeitung zur Standardkopie notwendig sind, und im hohen Stand der Arbeitsteilung, die mit dem erheblichen Spezialisierungsgrad der personellen und sachlichen Produktionsfaktoren verbunden ist. Er weist nach, daß diese Kriterien der Filmproduktion Qualität und Ausdehnung der Betriebsbereitschaft erhöhen und die Fixkostenlast vergrößern.

Nach dem Hinweis auf die Gefahren hoher Fixkosten bei Unterbeschäftigung und Aufzählung der Gründe, die eine optimale Auslastung der Filmproduktionsbetriebe oft verhindern, untersucht Bergner die verschiedenen Maßnahmen zur Senkung der Fixkosten.

Als Möglichkeit einer Verkürzung der Produktionsumwege wird die Ablösung des photographischen Verfahrens bei Bild und Ton durch das weniger aufwendige Magnetverfahren genannt, wobei die produktionstechnischen und kostenmäßigen Vorteile erläutert werden. Der volle Einsatz dieses Verfahrens in der Praxis der Filmproduktion ist jedoch noch von der Lösung einiger technischer Probleme abhängig.

Zum Problem einer Verminderung der Arbeitsteilung führt der Verfasser aus, daß ihr Abbau im allgemeinen weder möglich noch gerechtfertigt erscheint. Lediglich im künstlerischen Betrieb bei den Hauptdarstellern zeigt sich durch darstellerische Überspezialisierung eine unvermeidbare Zuspitzung der Arbeitsteilung. Damit charakterisiert Bergner das heutige, mit dem Negativum der hohen Gagen behaftete Starsystem der Filmwirtschaft. Zur Beseitigung dieses Systems empfiehlt er, daß die Filmwirtschaft auf die Verwendung des auf einen unveränderlichen Typus festgelegten Darstellers verzichtet und den wandlungsfähigen Rollenfachspezialisten an seine Stelle setzt. Dazu ist zu sagen, daß die Gagenhöhe eines Hauptdarstellers im Film kaum von seiner darstellerischen Wandlungsfähigkeit abhängt, sondern in erster Linie davon bestimmt wird, wie hoch ein Produzent Beliebtheitsgrad und Anziehungskraft einschätzt, die der Betreffende beim Publikum besitzt. Schauspielerische Fähigkeiten und Publikumsappeal können sich decken, müssen aber nicht. Aus diesem Grund bietet Bergner weder eine ausreichende Erklärung noch eine Lösung des Gagenproblems.

Auf die Möglichkeit des unentgeltlichen Einsatzes von Produktionsfaktoren braucht nicht eingegangen zu werden, da diese Methode nicht als ein generelles Mittel zur Kostensenkung angesehen werden kann, sondern in der Praxis als ausgesprochener Glücksfall gelten muß.

In enger Verbindung mit dem Gagenproblem ist der Weg einer Fixkostensenkung durch die Beteiligung der künstlerischen Kräfte am Gewinn zu sehen, d. h. die Gage wird zugunsten einer Gewinnausschüttung niedrig gehalten. Die Bedeutung dieser Maßnahme ist, wie Bergner ausführt, in der Praxis bisher nur gering, da die Darsteller

meist eine Beteiligung am Gewinn begrüßen, auf der anderen Seite jedoch das Risiko scheuen.

Als weiteres Verfahren der Verminderung der Fixkosten nennt der Verfasser die Anwendung des von der GEMA für die Filmmusik seit langem praktizierten Verfahrens auch für die Stoffrechte und legt die damit verbundenen, vielfach ungelösten Probleme rechtlicher und sachlicher Art dar. Ob sich dieses Verfahren je verwirklichen läßt, ist nach dem jetzigen Stand der Dinge sehr zweifelhaft. Auch sind die Vorteile dieses Vorschlags bisher noch sehr umstritten.

Schließlich untersucht Bergner die Möglichkeiten der Umwandlung von Fixkosten in Proportionalkosten unter Erläuterung der rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Grundlagen. Dabei führt er aus, daß mit der Proportionalisierung der Fixkosten zwangsläufig eine Aufgabe der ständigen eigenen Betriebsbereitschaft verbunden ist und daß die auf ein Minimum zurückgeführte ständige Betriebsbereitschaft in der deutschen Produktion der Regelfall ist. Dieser Mangel wird ausgeglichen, indem die nötige Betriebsbereitschaft für jedes Filmvorhaben durch Verpflichtung von Mitarbeitern auf Zeit, Kauf, Miete, Pacht, Lohnveredlung usw. neu und nur kurzfristig hergestellt wird.

Aus den Untersuchungen Bergners ist deshalb der Schluß zu ziehen, daß das Halten einer ständigen eigenen Betriebsbereitschaft infolge der hohen Fixkostenlast und der geringen Möglichkeiten einer Senkung für die Filmproduktion betriebswirtschaftlich nicht realisierbar ist. Aus diesem Grund mußte die Praxis längst den oben genannten Weg der Kostenproportionalisierung gehen. Das bedeutet, daß es ein Fixkostenproblem der Betriebsbereitschaft bei der Filmproduktion nicht oder kaum gibt. Unberührt davon besteht selbstverständlich für den Atelier- und Kopierbetrieb das Problem der optimalen Auslastung des technischen Personals und der technischen Anlagen.

Der Wert der Bergnerschen Arbeit ist deshalb weniger auf praktischem Gebiet zu suchen, sondern liegt in der systematischen und umfassenden theoretischen Darstellung eines Teilgebietes der Filmproduktion.

Gerhard Otto, Düsseldorf

Walther G. Hoffmann (Hrsg.): *Textilwirtschaft im Strukturwandel*. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IX/384 S.

In diesem Sammelband, der aus Anlaß des 25jährigen Bestehens der Forschungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft an der Universität Münster erscheint, berichten der Herausgeber und seine Mitautoren über die weitreichenden ökonomischen und technologischen Wandlungen, die das Gefüge der deutschen und der internationalen Textilwirtschaft seit dem Aufkommen der „man-made fibers“ erheblich verändert haben.

Die einleitende Abhandlung von *Walther G. Hoffmann* über „Die Textilindustrie im Wachstumsprozeß der Volkswirtschaft“ spürt quantitativ-analytisch dem Aufschwung der deutschen Textilproduktion

während der letzten hundert Jahre nach und konfrontiert diesen mit den entsprechenden zweigwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen im Ausland, speziell in England, Frankreich und den Vereinigten Staaten. An Hand einer datenkundlich wohlfundierten, auf die statistisch-historischen Hauptwendepunkte abzielenden Epignose entwirft der Verfasser ein schlüssiges Gesamtbild von den künftigen Perspektiven der Natur- und Chemiefaserindustrie mit der begründeten Voraussage, daß die Ausweitung der Kapazitäten in Richtung der Synthetica gehen wird (S. 14).

Von den Leitlinien dieses säkularen Überblicks aus werden in den übrigen Beiträgen alsdann die vordringlichsten Sonderprobleme der europäischen Textilindustrie unter die Lupe genommen. Aus Raumgründen können in dieser Buchanzeige nur die Autoren und ihre Themen mitgeteilt werden: Helmut *Wellenreuther*, Marktformen und Marktverhalten in der Textilwirtschaft; Wolfgang *Rothe*, Arbeitskosten in den Textilindustrien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; Franz *Fabian*, Der Konzentrationsprozeß in der britischen Textilindustrie; Peter *Sass*, Die Nachkriegsposition der westdeutschen Textilindustrie im interindustriellen Vergleich; York *de Cuvry*, Untersuchung der produktionstechnischen Wettbewerbsdeterminanten der britischen und westdeutschen Wollindustrie; Friedrich *Aumann*, Wachstumsmöglichkeiten des Bruttosozialprodukts der Bundesrepublik Deutschland bis 1975; Hans-Peter *Lösch*, Gegenwärtige und zukünftige Entwicklungstendenzen der inländischen Textilmachfrage; Herbert *Reisewitz*, Vorausschätzung der Nettoproduktion der Textilindustrie; Wilhelm *Kurth*, Die Projektion des Produktionsprozesses; Thomas *Mandt*, 25 Jahre textilwirtschaftliche Forschung in Münster.

Man darf diesen mustergültig redigierten Jubiläumsband, der mit vielen Tabellen und Graphiken aufwartet, als Paradefall angewandter Wirtschaftsforschung charakterisieren. Wer über den hier erörterten Spezialbereich hinaus nach weiteren und vertieften wirtschaftsgeschichtlichen Aufschlüssen sucht, wird diese in *Hoffmanns* kürzlich erschienenem Werk über „Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts“ (1965) mit Sicherheit finden können.

Antonio Montaner, Mainz